

Antragsbuch

Mit den Empfehlungen der Antragskommission

Arbeit / Wirtschaft.....	2
Bauen / Wohnen	4
Bezirke	7
Bildung.....	17
Europa.....	23
Finanzen.....	25
Gleichstellung	27
Gesundheit.....	29
Inneres / Recht	30
Integrationspolitik	32
Justiz	33
Kinder / Familie / Jugend.....	33
Organisation	34
Stadtentwicklung.....	42
Verkehr	43
Wahlen.....	49
Konsensliste	50

Die im Antragsbuch mit (K) gekennzeichneten Empfehlungen der Antragskommission wurden im Konsens ausgesprochen (siehe Konsensliste).

01 **Arbeit / Wirtschaft**

02
03
04
05 **Wiedervorlage | Antrag Nr. 02/I/11**
06 **(vertagt vom LPT am 13.05.11)**
07 **Abt. 10 | Treptow-Köpenick**
08 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
09 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

10
11 **Kodifikation des Arbeitsrechts**
12 Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich weiterhin dafür ein,
13 dass eine Kodifikation des Arbeitsrechts in einem Arbeits-
14 vertragsgesetzbuch im Sinne eines 1:1-Restatements er-
15 folgt.

16
17 **Wiedervorlage | Antrag Nr. 03/I/11**
18 **(vertagt vom LPT am 13.05.11)**
19 **Abt 10 | Treptow-Köpenick**
20 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
21 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

22
23 **Einkommensteuerrecht - Behandlung von Mindestentgel-**
24 **ten**
25 Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass im
26 Einkommensteuertarif (§ 32a Einkommensteuergesetz) der
27 Grundfreibetrag auf 16.320 € angehoben wird.

28
29 **Wiedervorlage | Antrag Nr. 05/I/11**
30 **(vertagt vom LPT am 13.05.11)**
31 **AfA LAK**
32 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

33
34 **Bessere Bezahlung und Streikrecht für die Beschäftigten**
35 **der Religionsgemeinschaften, in der Diakonie und anderen**
36 **Tendenzbetrieben**
37 Die SPD unterstützt die Kolleginnen und Kollegen die bei
38 Religionsgemeinschaften, in der Diakonie und anderen
39 Tendenzbetrieben beschäftigt sind in ihrem Kampf um die
40 Durchsetzung ihres Rechts auf Streik, den Abschluss von
41 Tarifverträgen und Mitbestimmung auf der Grundlage des
42 Betriebsverfassungsgesetzes. Dies gilt insbesondere für die
43 in den „Wirtschaftsbetrieben“ Beschäftigten. Der Landes-
44 parteitag fordert unsere Mandatsträger im Senat, dem
45 Abgeordnetenhaus und im Bundestag auf, diese Forderun-
46 gen ebenfalls zu unterstützen und entsprechende gesetzli-
47 che Initiativen einzuleiten.

48
49
50
51 **Wiedervorlage | Antrag Nr. 06/I/11**
52 **(vertagt vom LPT am 13.05.11)**
53 **AfA LAK**
54 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

55
56 **Übernahme Auszubildenen**
57 Der LPT fordert die Mandatsträger im Senat, einschließlich
58 des Senators für Finanzen, und im Abgeordnetenhaus so-
59 wie den Landesvorstand auf, sofortige Schritte zur Über-
60 nahme der zum 1.9.2011 auslernenden Auszubildenden
61 einzuleiten.
62

02/I/11
Überweisung an BT-Fraktion (K)

03/I/11
Überweisung an BT-Fraktion (K)

05/I/11
Annahme i. d. F. d. AK (K):

Bessere Bezahlung und Streikrecht für die Beschäftigten
der Religionsgemeinschaften, in der Diakonie und anderen
Tendenzbetrieben

Die SPD unterstützt die Kolleginnen und Kollegen die bei
Religionsgemeinschaften, in der Diakonie und anderen
Tendenzbetrieben beschäftigt sind in ihrem Kampf um die
Durchsetzung ihres Rechts auf Streik, den Abschluss von
Tarifverträgen und Mitbestimmung auf der Grundlage des
Betriebsverfassungsgesetzes. Dies gilt insbesondere für die
in den „Wirtschaftsbetrieben“ Beschäftigten. Der Landes-
parteitag fordert unsere Mandatsträger im Senat, dem
Abgeordnetenhaus und im Bundestag auf, diese Forderun-
gen ebenfalls zu unterstützen.

06/I/11
Erledigt durch Zeitablauf (K)

01 **Wiedervorlage | Antrag Nr. 10/I/11**

02 **(vertagt vom LPT am 13.05.11)**

03 **Abt. 8 | Friedrichshain-Kreuzberg**

04 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

05

06 **Einsparungen bei der Grundsicherung im Alter für die**
07 **aktive Arbeitsmarktpolitik verwenden**

08 Berlin hat seit Jahren mit steigenden Kosten bei der Grund-
09 sicherung im Alter zu kämpfen. Nun hat die Bundesregie-
10 rung angekündigt, die Kosten für die Grundsicherung im
11 Alter zu übernehmen. Berlin wird damit weit über 300
12 Millionen Euro einsparen können (2008: 284,1 Millionen
13 Euro, 2009: 318,7 Millionen Euro). Ab 2012 werden diese
14 Kosten Stück für Stück entfallen.

15

16 Das Abgeordnetenhaus von Berlin und der Senat des Lan-
17 des Berlin werden aufgefordert, die Einsparungen bei den
18 Kosten für die Grundsicherung im Alter nicht allein für die
19 Schuldentilgung zu verwenden, sondern auch in die aktive
20 Arbeitsmarktpolitik zu investieren.

21

22 Durch das Sparpaket der Bundesregierung aus dem Jahr
23 2010, werden schon jetzt kaum noch Ausbildung und Wei-
24 terbildung von der Bundesagentur für Arbeit finanziert.
25 Nach der zusätzlichen Streichung der Mittel - halber Pro-
26 zentsatz von der Umsatzsteuer für die Bundesagentur für
27 Arbeit - noch weniger.

28

29 Wir Sozialdemokraten des Landes Berlin wollen keinen
30 Menschen zurücklassen. Wir wollen, dass Menschen ohne
31 Arbeit – da wo es nötig ist - befähigt werden, aktiv am
32 Arbeitsleben teilzuhaben. Angesichts des ab 2013 drohen-
33 den Fachkräftemangels haben wir jetzt die Chance, die
34 Menschen in Arbeit zu bringen, die keine Arbeit haben.
35 Deshalb muss jetzt in die Bildung und Weiterbildung von
36 Arbeitslosen im SGB II-, SGB III- und SGB XII-Bezug inves-
37 tiert werden.

38

39 Wir wollen in 2020 ein Szenario, in dem wir Vollbeschäfti-
40 gung erreichen und kein Szenario, in dem wir einen Fach-
41 kräftemangel und gleichzeitig ein Heer von arbeitslosen
42 Menschen haben.

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

10/I/11

Überweisung an AH-Fraktion (K)

01 **Bauen / Wohnen**

02
03
04
05 **Antrag Nr. 02/II/11**

06 **KDV Steglitz-Zehlendorf**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

08
09 **Offenlegung der Veräußerungsverträge der Städtischen**
10 **Wohnungsbaugesellschaften und des städtischen Woh-**
11 **nungsbestandes**

12 Die SPD Mitglieder des Senats von Berlin werden aufgefor-
13 dert dafür zu sorgen, die bisherigen Veräußerungsverträge
14 der Städtischen Wohnungsbaugesellschaften in allen Ein-
15 zelheiten, Nebenabsprachen und Nebenabreden, insbes.
16 über den Schutz der Mieter, noch in diesem Jahr in geeig-
17 neter Weise offenzulegen.

18
19 **Antrag Nr. 03/II/11**

20 **KDV Steglitz-Zehlendorf**

21 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

22
23 **Erbbaurecht für Industrie und Gewerbe**

24 Die sozialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus
25 wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass verstärkt landesei-
26 gene Grundstücke für Industrie und Gewerbe, insbesonde-
27 re für Existenzgründer, vom Land Berlin auch im Wege des
28 Erbbaurechts vergeben werden. Das Zielbild des Liegen-
29 schaftsfonds ist entsprechend anzupassen

30
31 **Antrag Nr. 04/II/11**

32 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

34
35 **Zweckentfremdung von Wohnraum**

36 Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses wird zur Erfül-
37 lung des Verfassungsauftrages in Artikel 28 der Verfassung
38 von Berlin aufgefordert, dafür zu sorgen, dass ein Gesetz
39 zum Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum und in
40 besonderen Ausnahmen die Genehmigungspflicht für an-
41 derweitige Nutzung von Wohnraum beschlossen wird.

42
43 Die frühere Zweckentfremdungsverbotsverordnung basier-
44 te auf dem Mietrechtsverbesserungsgesetz von 1971, durch
45 welches Landesregierungen ermächtigt wurden, bei Ge-
46 fährdung ausreichender Wohnraumversorgung für Ge-
47 meinden durch Rechtsverordnung zu bestimmen, dass
48 Wohnraum anderen als Wohnzwecken nur mit Genehmi-
49 gung zugeführt werden darf. Das Oberverwaltungsgericht
50 Berlin hatte diese Zweckentfremdungsverbotsverordnung
51 außer Kraft gesetzt, weil seinerzeit in Berlin ein Überange-
52 bot an Wohnraum bestand. Die Rechtsverordnung war
53 wegen des Wohnungsleerstandes nicht mehr durch die
54 gesetzliche Ermächtigungsnorm gedeckt. In der Folgezeit
55 wurde in Berlin eine große Zahl von Wohnraum einer an-
56 derweitigen Nutzung zugeführt. In gleicher Zeit hat sich die
57 Zahl der Haushalte in Berlin durch Zuzüge in erheblichem
58 Maße erhöht. Die anderweitige Nutzung von Wohnraum
59 und der Zustrom von Haushalten haben zu einer Verknap-
60 pung des Wohnungsangebotes geführt. Ohne Steuerungs-
61 mechanismen bei der Wohnraumversorgung kann das Land
62 Berlin seinen Verfassungsauftrag nicht erfüllen. Artikel 28

02/II/11

Annahme (K)

03/II/11

Annahme (K)

04/II/11

Annahme i. d. F. d. AK (K):

Zweckentfremdung von Wohnraum

Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses und der Senat werden aufgefordert, in Erfüllung des Verfassungsauftrags in Artikel 28 der Verfassung von Berlin Maßnahmen gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum (insbesondere gewerbliche Nutzung als Ferienwohnungen) und in besonderen Ausnahmen die Genehmigungspflicht für anderweitige Nutzung von Wohnraum zu ergreifen.

01 der Berliner Verfassung bestimmt, dass jeder Mensch das
02 Recht auf angemessenen Wohnraum hat, und dass das
03 Land Berlin die Schaffung und Erhaltung von angemesse-
04 nem Wohnraum fördert. Die Erhaltung von Wohnraum
05 wird aber nicht gefördert, wenn Wohnraum jederzeit ge-
06 nehmigungsfrei einer anderweitigen Nutzung zugeführt
07 werden kann. Jede anderweitige Nutzung von Wohnraum
08 ist zweckfremd, muss somit grundsätzlich verboten und in
09 besonderen Ausnahmen einer Genehmigungspflicht zuge-
10 führt werden.

11
12 Aufgrund der Föderalismusreform ist das Abgeordneten-
13 haus von Berlin in der Lage, ein Gesetz zu beschließen, dass
14 keinen Nachweis einer Gefährdung bei der Wohnraumver-
15 sorgung zur Grundlage hat. Solches Gesetz ermöglicht dem
16 Land Berlin, den Verfassungsauftrag zur Erhaltung von
17 Wohnraum ohne Einsatz von Haushaltsmitteln zu erfüllen.

18
19 **Antrag Nr. 05/II/11**

20 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

21 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

22
23 **Veräußerung landeseigener Grundstücke**

24 Der SPD geführte Senat und die SPD Fraktion wird aufge-
25 fordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Veräußerung lan-
26 deseigener Grundstücke sofort unterbrochen wird. Zu-
27 nächst werden die Grundstücke bestimmt, welche zum
28 Zweck der Wohnbebauung an landeseigene Wohnungs-
29 baugesellschaften übertragen werden. Gleichzeitig ist nach
30 öffentlicher Bekanntgabe aller Liegenschaften für jeden
31 Bezirk mit Bürgerbeteiligung ein Bedarfsplan aufzustellen,
32 der auf die Erfordernisse der nächsten fünf Jahre für soziale
33 Infrastruktur mit Kindertagesstätten, Bildungs-, Sport- und
34 kulturellen Einrichtungen unter Ausnutzung der landesei-
35 genen Liegenschaften ausgerichtet ist. Dieser Bedarfsplan
36 ist fortzuschreiben. Landeseigene Grundstücke dürfen nur
37 noch veräußert werden, wenn sich aus dem Bedarfsplan
38 ergibt, dass langfristig kein städtischer Bedarf für die Da-
39 seinsvorsorge vorhanden ist.

40
41 Der Verkauf landeseigener Grundstücke hat inzwischen
42 dazu geführt, dass in den Bezirken keine Handlungsmög-
43 lichkeit gegeben ist, den demographischen Veränderungen
44 Rechnung zu tragen. Beispielhaft ist in einigen Bezirken
45 festzustellen, dass keine Möglichkeit für ausreichende
46 Versorgung bei der Kinderbetreuung besteht. Die Veräuße-
47 rung landeseigenen Vermögens vor dem Hintergrund kurz-
48 fristigen pekuniären Erfolges ohne Bedarfsplanung führt
49 langfristig zur Beschädigung des politischen Gestaltungs-
50 spielraumes in der gesamten Stadtentwicklung. Dem ist
51 dringend Einhalt zu gebieten.

52
53 **Antrag Nr. 06/II/11**

54 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

55 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

56
57 **Wohnungsaufsichtsgesetz**

58 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat sich dafür ein-
59 zusetzen, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
60 die Änderung der Ausführungsvorschriften zum Woh-
61 nungsaufsichtsgesetz so ändert, dass die gesetzlichen Rege-
62 lungen wieder vollumfänglich auf leer stehende Wohnun-

05/II/11

Überweisung an AH-Fraktion (K)

06/II/11

Überweisung an AH-Fraktion (K)

01 gen angewendet werden können. Hierfür ist in den Ausführ-
02 rungsvorschriften zu § 1 der letzte Absatz zu streichen.

03

04 Das Gesetz zur Beseitigung von Wohnungsmisständen ist
05 ein gesetzlicher Regulierungsmechanismus bei der Versor-
06 gung mit Wohnraum. Der § 1 Abs. 3 WoAufG Bln beinhaltet:
07 „Dieses Gesetz findet auch Anwendung auf ungenehmigt
08 leerstehende, zu Wohnzwecken genehmigte Wohnun-
09 gen.“ Seit Jahren ist den Behörden der Zugriff auf leer ste-
10 henden Wohnraum verwehrt, weil die Senatsverwaltung
11 für Stadtentwicklung die Ausführungsvorschriften zu § 1
12 um den letzten Absatz wie folgt ergänzt hat:

13

14 „Solange in Berlin keine Wohnraummangellage besteht, ist
15 es nicht opportun, Maßnahmen der Wohnungsaufsicht in
16 leerstehenden Wohnungen durchzuführen oder durch
17 derartige Maßnahmen die Bewohnbarkeit leerstehender
18 Wohnungen wiederherzustellen. § 1 Abs. 3 WoAufG Bln
19 kann deshalb zur Zeit keine Anwendung finden.“

20

21 Wegen der offenkundig großen Anzahl leer stehender
22 Wohnungen, die wegen ihres baulichen Zustandes nicht der
23 Wohnungsmarkt zur Vermietung zugeführt werden, ist es
24 dringend erforderlich, den Behörden wieder die Möglich-
25 keit zur Anwendung des Gesetzes zu geben. Das Land Berlin
26 wird damit in die Lage versetzt, einen Teil seines Verfas-
27 sungsauftrages aus Artikel 28 der Verfassung von Berlin, die
28 Schaffung und Erhaltung von Wohnraum zu fördern, ohne
29 Einsatz von Haushaltsmitteln zu erfüllen.

30

31 **Antrag Nr. 07/II/11**

32 **KDV Mitte**

33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

34

35 **Kosten der Unterkunft**

36 Die Regelsätze für die Kosten der Unterkunft (KdU) nach
37 der AV-Wohnen sind zu überprüfen, weil der Mietspiegel in
38 Berlin drastisch angezogen hat und erneut über 13% Steige-
39 rungen zu erwarten und zu befürchten sind.

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

07/II/11

Annahme (K)

01 **Bezirke**

02
03
04
05 **Antrag Nr. 08/II/11**

06 **KDV Mitte**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

08
09 **Selbstverwaltung auf Bezirksebene durch transparente,**
10 **steuerbare und an dem Bedarf der Bezirke ausgerichtete**
11 **Finanzausstattung sicherstellen.**

12
13 **I. Zielsetzung**

14 Die Bezirkshaushalte hängen in großem Maße von bundes-
15 und landespolitischen Rahmenbedingungen ab. Ausfinan-
16 zierte Bezirkshaushalte setzen zum Einen eine verbesserte
17 Finanzausstattung durch den Bund voraus. Zum Anderen
18 muss das Land seine Verpflichtungen zur auskömmlichen
19 Finanzierung seiner 12 Bezirke erfüllen, um die Bezirke als
20 starke Akteure, in denen die Bürger ihre unmittelbarsten
21 Lebenserfahrungen machen, handlungsfähig zu erhalten.

22
23 Das Budget der Bezirke wird im Haushaltsplan des Landes
24 Berlin festgelegt, nach beratender Beteiligung der Bezirke
25 und Fachverwaltungen. Lediglich die Verteilung der im
26 Globalbudget zugestandenen Finanzmittel kann ein Bezirk
27 selbständig vornehmen. Eigene Einnahmemöglichkeiten
28 haben die Bezirke nur in sehr geringem Umfange.

29
30 Den Bezirken zufließende Mittel werden von der Senats-
31 verwaltung medianorientiert budgetiert. Die Bevölkerungs-
32 entwicklung bestimmt dabei die Schulentwicklungsplanung
33 ebenso wie die Neuausrichtung der notwendigen Schul-
34 strukturen und die Jugendhilfe-Einrichtungen sowie Frei-
35 zeitstätten wie Sport- und Grünanlagen mit Spielplätzen.

36
37 Ein großer Teil der Bevölkerung in Berlin ist auf Transfer-
38 leistungen angewiesen. Unter den Transferleistungen sind
39 Leistungen, auf die die Bürgerinnen und Bürger einen
40 rechtlichen Anspruch haben, so z.B. im Bereich der Trans-
41 ferleistungen oder der Bereitstellung von Kitaplätzen. Hier
42 fungieren die Bezirke als Mittel ausreichende Behörde.
43 Über den Leistungsanspruch selbst bestimmen die Gesetz-
44 geber in Land und Bund. Unter den o.g. Leistungen sind
45 aber auch solche, die den sogenannten „freiwilligen sozia-
46 len Leistungen“ zugeordnet sind. Dazu gehören alle wes-
47 sentlichen Infrastrukturaangebote, wie z.B. Jugend- und
48 Seniorenfreizeitstätten, Bibliotheken, Musikschule, Volks-
49 hochschule, Sportanlagen und Grünflächen. Diese Leistun-
50 gen der Daseinsvorsorge bestimmen in erster Linie die
51 Lebensqualität in den Bezirken und werden von uns als
52 „politische Pflichtaufgaben“ angesehen-. Sie müssen in
53 ausreichender Anzahl und Qualität angeboten werden.

54
55 Die Bezirke sind der unmittelbare Lebensraum für die Men-
56 schen in Berlin. Hier machen wir Bürger die unmittelbarste
57 Erfahrung damit, ob städtische Leistungen an den Bedürfnis-
58 sen der Bürger und den Grundsätzen einer sozialen und
59 verantwortungsbewussten Gemeinschaft entsprechen.

60
61 In Berlin als Stadtstaat ist die Situation dabei eine Besonde-
62 re. Sie ist dadurch gekennzeichnet, dass sich Land und

08/II/11

Überweisung an Landesvorstand (K)

01 Bezirke die kommunalen Aufgaben teilen, somit ist eine
02 haushaltspolitische Gesamtstrategie für das Land und seine
03 Bezirke erforderlich.

04

05 Diese muss es den Bezirken ermöglichen:

06 Als wesentliche Leistungen, die in Berlin die Bezirke wahr-
07 zunehmen haben, müssen sichergestellt werden:

- 08 ■ ausfinanzierte Schulen und Kindergärten als Basisein-
09 richtungen des Bildungssystems,
- 10 ■ die bedarfsgerechte Versorgung mit Jugendfreizeit,-
11 Sport- und Senioreneinrichtungen,
- 12 ■ ausreichend außerschulische Bildungsangebote in
13 Bibliotheken, Volkshoch- und Musikschulen zur Siche-
14 rung eines chancengleichen Zugangs,
- 15 ■ Kulturangebote und -förderung für Jedermann,
- 16 ■ eine Basisversorgung zur Gesundheits- und Integrati-
17 onsförderung,
- 18 ■ die Gestaltung und Pflege der öffentlichen Grünanla-
19 gen und des öffentlichen Raumes zur Nutzung durch
20 die Bürger,
- 21 ■ die Absicherung der Bedürftigen mit staatlichen Trans-
22 ferleistungen sowie
- 23 ■ lokale Strategien der Arbeitsmarkt- und Wirtschafts-
24 förderungen.

25

26 2. Vorausschauende und präventive Arbeit, damit nicht
27 zusätzliche Belastungen auf die nächsten Jahre und die
28 nachfolgende Generation verlagert werden (Hilfen zur
29 Erziehung, Nutzung der Plätze und Freiflächen, Stadtraum-
30 gestaltung auch für die Bewohner, nicht nur vorrangig für
31 Touristen). Auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung ist
32 darauf zu achten, dass entsprechende Ausstattungsstan-
33 dards nicht unterschritten werden. Volkswirtschaftlich
34 würde eine Politik ohne Präventionsansatz lediglich eine
35 Verschiebung der Probleme auf die nachfolgenden Genera-
36 tionen bedeuten.

37

38 3. Personalpolitik muss auch Personalentwicklungspolitik
39 sein und nicht lediglich als Kostenmanagement verstanden
40 werden. Eine weitere Überalterung der Verwaltung ohne
41 Neueinstellungen in Kauf zu nehmen, kann nicht Ziel sozial-
42 demokratischer Politik sein. Werden Aufgaben an externes
43 Personal ausgelagert, muss in besonderer Weise der Schutz
44 von Daten der Bürger sichergestellt werden.

45 Im Sinne einer neuen sozialen Ordnung stellen Kommunen
46 die zentrale Ebene der Politik und des Lebens der Men-
47 schen dar. Es ist somit von außerordentlicher Bedeutung,
48 dass die Kommunen – und in Berlin die Bezirke – in die Lage
49 versetzt werden, ihren Aufgaben der Daseinsvorsorge
50 nachzugehen. Deswegen stellen wir Forderungen an Bund
51 und Land.

52

53 **II. Forderungen an den Bund**

54 Die angemessene Aufgabenwahrnehmung der Bezirke ist
55 durch die Politik der Bundesregierung akut gefährdet. Die
56 Finanzlage der Kommunen - in Berlin: von Land und Bezir-
57 ken – hat sich auch aufgrund der verfehlten Politik der
58 Bundesregierung dramatisch verschlechtert. Die Bundes-
59 vereinigung der Kommunalen Spitzenverbände erwartet für
60 das Jahr 2011 ein Defizit von 11 Mrd. Euro. Viele Kommu-
61 nen können mit ihren Einnahmen ihre Ausgaben nicht mehr
62 decken. Es drohen zusätzliche Konsolidierungslasten, die in

01 die weitere Entlassung von Personal, die Streichung ele-
02 mentarer Dienstleistungen und die Erhöhung von Gebüh-
03 ren für öffentliche Dienstleistungen münden werden.
04

05 Allein die Klientelgesetze der Bunderegierung, mit denen
06 Hoteliers gefördert und die Bemessungsgrundlage der den
07 Kommunen zufließenden Gewerbesteuer reduziert wurden,
08 haben für die Kommunen Einnahmefälle von 2,4 Mrd.
09 Euro zur Folge. Hier muss die schwarz-gelbe Bundesregie-
10 rung dafür sorgen, dass die Gesetze zurückgenommen
11 werden. Alle von der schwarz-gelben Koalition beabsichtig-
12 ten Vorhaben für Steuersenkungen, die zu weiteren Belas-
13 tungen der Kommunen führen würden, müssen unterlassen
14 werden.
15

16 Diese Maßnahmen reichen jedoch nicht aus. Wir müssen
17 die Kommunen – in Berlin: Land und Bezirke – langfristig
18 zukunftsfähig machen. Die Kommunen sind strukturell
19 unterfinanziert.
20

21 Mit der Hilfe für Menschen mit Behinderungen, der Grund-
22 sicherung im Alter, den Kosten der Unterkunft und vielen
23 anderen „gesetzlichen Pflichtleistungen“ übernehmen die
24 Kommunen Aufgaben, welche nicht in allen Fällen genuine
25 kommunale Leistungen sind. Auch für das Land Berlin sind
26 die wachsenden Kosten in diesen Bereichen der „steuerba-
27 ren“ und „nicht steuerbaren“ Transferausgaben ein großes
28 Problem. Auf Landesebene sind sie mitbestimmend für die
29 hohen Gesamtausgaben im Haushalt und behindern die
30 Bemühungen zur Konsolidierung und zum Schuldenabbau.
31 Der demographische Wandel wird in diesem Ausgabebe-
32 reich bei gleich bleibenden Bedingungen für weitere Zu-
33 wächse sorgen und den finanziellen Druck auf die freiwilli-
34 gen sozialen Leistungen und die Personalausstattung weiter
35 erhöhen. In vielen Bezirken Berlins waren die nicht aus-
36 kömmlichen Zuweisungen des Landes für die Transferaus-
37 gaben und unzureichende bezirkliche Steuerung Ursache
38 für die angehäuften Altschulden. Auch dieser Schuldenab-
39 bau wird durch Einschränkungen in anderen Politikfeldern
40 bezahlt werden müssen.
41

42 Wir wollen die Kommunen – und damit in Berlin Land und
43 Bezirke – hier entlasten. Dazu fordern wir, dass der Bund
44 sich deutlich stärker an der Finanzierung der Kommunen
45 beteiligt. Dazu gehört die dauerhafte Übernahme der
46 Grundsicherung im Alter in Höhe von ca. 4 Mrd. Euro. Da-
47 neben fordern wir, die Bundesbeteiligung an den Kosten
48 der Unterkunft weiter von heute 23 % zu erhöhen. Die Hilfe
49 kommt insbesondere den Kommunen zugute, die durch
50 Kosten der Unterkunft und Grundsicherung besonders
51 belastet sind. Alternativ ist auch eine stärkere Beteiligung
52 der Kommunen an der Umsatzsteuer denkbar. Wichtig ist,
53 dass die Kommunen spürbar strukturell entlastet werden.
54

55 Aber auch das Land Berlin muss organisatorische und struk-
56 turelle Verbesserungen vornehmen, um die Bezirke besser
57 zu stellen.
58

59 **III. Forderungen an das Land**

60 Ein spezielles Berliner Problem ist die Komplexität der Fi-
61 nanzbeziehungen zwischen Land und Bezirken, die eine
62 Planung und ein Controlling, das in den Folgejahren zu

01 mehr Steuerung führen kann, erschweren bis unmöglich
02 machen. Insbesondere die sogenannten steuerbaren Trans-
03 ferenausgaben – z.B. Hilfe zur Erziehung, Hilfe in nicht steuer-
04 baren Lebenslagen wie z.B. Hilfe für Menschen mit Behin-
05 derungen etc. – sind de facto nur schwer bzw. nicht steuer-
06 bar.

07
08 Die Berliner Bezirke leben – anders als die Kommunen in
09 Flächenländern, die eigene Steuer- und Gebühreneinnah-
10 men erheben können – praktisch ausschließlich von den
11 Finanzausweisungen des Landes Berlin. Lediglich Einnahmen
12 aus Vermietung und Verpachtung, der Parkraumbewirt-
13 schaftung und anteilig aus dem Verkauf bezirklicher Grund-
14 stücke und Immobilien können vom Bezirk in Art und Um-
15 fang erheblich selbst bestimmt werden. Diese Einnahmen
16 machen jedoch nur ca. 1 Prozent des Gesamthaushaltes
17 aus. Daneben gibt es Globalzuweisungen, die zwar nach
18 einem bestimmten Schema errechnet und zugewiesen
19 werden, aber z.T. von den Bezirken frei verwandt werden.
20

21 Das Finanzierungssystem an die Bezirke ist wesentlich
22 durch das System der Produktbudgetierung gekennzeich-
23 net. Die nach Produkten erbrachten Leistungen werden
24 nach dem Prinzip „Menge mal Median (mittlerer Preis des
25 sechst- und siebteuersten Bezirks) des vorvergangenen
26 Jahres“ zugewiesen. Dieses System wird dann jedoch durch
27 etliche Instrumente, z.B. durch Normierung auf das Ge-
28 samtsystem und auf einzelne Produkte vom Land nachge-
29 steuert und in seinem finanziellen Gesamtumfang gemin-
30 dert. Auf diese Weise hat das Land den Bezirken z.B. für das
31 Jahr 2010 im Vergleich zum Jahr 2008 noch einmal ca. 56
32 Mio. € weniger Mittel zugewiesen. Der Eckwertebeschluss
33 2011 bringt ebenfalls nochmals dramatische Kürzungen mit
34 sich.
35

36 Das Zuweisungssystem hat sich bislang nur grundsätzlich im
37 Vergleich zum früheren System der Kameralistik als prakti-
38 kabel erwiesen, muss aber auf Basis der ursprünglichen
39 Konzeption endlich „zu Ende gedacht“ werden. So fordern
40 es einvernehmlich die 12 Berliner Bezirke in einem Be-
41 schluss des Rats der Bürgermeister im Frühjahr 2008.
42

43 Das Land Berlin muss die Zuweisung auf Basis „Menge mal
44 Preis des vorangegangenen Jahres“ unter Verzicht auf die
45 Anwendung o.g. zusätzlicher Faktoren verlässlich herstel-
46 len. Nur damit wäre es den Bezirken möglich, ihr Leistungs-
47 niveau insgesamt auf dem jetzigen Stand zu halten.
48

49 Für die Finanzierung bei den sogenannten steuerbaren
50 Transferausgaben – z.B. Hilfe zur Erziehung, Hilfe in nicht
51 steuerbaren Lebenslagen wie z.B. Hilfe für Menschen mit
52 Behinderungen, Kita-Ausgaben etc. – bedarf es dabei zusätz-
53 licher Vereinbarungen. Diese Ausgaben sind de facto nur
54 schwer bzw. nicht steuerbar.
55

56 Das Land Berlin muss zusätzlich zur Zuweisungssystematik
57 „Menge x Preis“, die eine effiziente Kostenentwicklung
58 sicherstellt, im Rahmen der Basiskorrektur im Jahresab-
59 schluss nicht durch den Bezirk zu verantwortende zusätzli-
60 che Ausgaben, z.B. durch eine wachsende Anzahl von An-
61 spruchsberechtigten durch die demographische Entwick-
62 lung oder politische Entscheidungen auf Landesebene – in

01 voller Höhe finanzieren.

02

03 Ein Wettbewerb zwischen den Bezirken darf nur an den
04 richtigen Stellen, nämlich in Bereichen, die unter betriebs-
05 wirtschaftlichen Bedingungen steuerbar sind und auf
06 Grundlage von Mindeststandards, erfolgen. Wir lehnen
07 ungerechtfertigte Preis- und Mengenkorrekturen ab, da sie
08 die Anreizwirkungen aus sparsamen Ressourceneinsatz im
09 Nachgang außer Kraft setzen und die Spielräume zum Aus-
10 gleich von bezirklichen Besonderheiten oder Schwerpunkt-
11 setzungen in unzulässiger Weise beschränken.

12

13 Es müssen zwischen dem Land Berlin und den Bezirken zur
14 Steuerung der Transferausgaben sowohl bei den Kosten-,
15 als auch der Mengenentwicklung verbindliche Mindest- und
16 Qualitätsstandards für jede Hilfegruppe entwickelt, und
17 Transparenz und Kontrolle bei der Zuweisung an die freien
18 Träger hergestellt werden. Ziel muss eine berlinweit ein-
19 heitliche Kalkulation für jede Hilfebedarfsgruppe sein.

20

21 Eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Bibliotheken, Frei-
22 zeitstätten, außerschulischen Kultur- und Bildungseinrich-
23 tungen und sonstigen Elementen der Daseinsvorsorge ist
24 eine Grundforderung sozialdemokratischer Politik. Ein im
25 Vergleich zu anderen Bezirken hoher Ausstattungsgrad von
26 Bezirken mit schlechter Sozialstruktur ist Ausdruck der
27 politischen Schwerpunktsetzung der vergangenen Jahre,
28 aber auch notwendig in Bezirken mit sehr hohem Anteil
29 sozial benachteiligter Bürgerinnen und Bürger, aber insbe-
30 sondere benachteiligter Kinder und Jugendlicher.

31

32 Im Rahmen des Budgetierungsverfahrens existiert für die
33 sog. freiwilligen sozialen Leistungen ein Werteausgleichs-
34 system (Planmengenverfahren), das die Angleichung der
35 Lebensverhältnisse als Verfassungsgebot unterstützen soll.
36 Dieses Ausgleichssystem wird seinen Aufgaben nicht in
37 ausreichendem Maße gerecht. Angesichts der real weiter
38 auseinander driftenden sozialen Schere ist das nicht akzep-
39 tabel. Hier läuft das System den eigentlichen Zielen zuwi-
40 der. Daher hat das Berliner Abgeordnetenhaus zum Jahr
41 2010 zur Bekräftigung des Verfassungsgebots über diesen
42 Wertausgleich zwischen den Bezirken hinaus einen vertika-
43 len Werteausgleich eingeführt, der mit zusätzlichem Geld
44 an die Bezirke finanziert und z.B. dem Bezirk Mitte zusätzli-
45 che 1,1 Mio. € bescherte. Damit konnten die negativen
46 Folgen des horizontalen Wertausgleichs kompensiert wer-
47 den.

48

49 Um insbesondere Bezirke mit herausfordernder Sozialstruk-
50 tur in die Lage zu versetzen, ihre sozialen Herausforderun-
51 gen zu meistern, genügt das nicht.

52 Das Land Berlin muss entweder

53 das horizontale Wertausgleichsverfahren so qualifizieren,
54 dass die sozialstrukturellen und finanzpolitischen Ziele mit
55 der Globalsummenermittlung tatsächlich erreicht werden.

56 Der vertikale Wertausgleich muss ausgebaut werden,
57 oder der vertikale Wertausgleich muss erheblich ausgebaut
58 werden.

59 Für alle sogenannten freiwilligen sozialen Leistungen müs-
60 sen darüber hinaus zwischen Land und Bezirken – auch
61 soziale – Mindest- und Qualitätsstandards entwickelt, fi-
62 nanziert und umgesetzt werden. Nur so lassen sich sowohl

01 das Verfassungsgebot der einheitlichen Lebensverhältnisse
02 in allen Bezirken und zugleich die besonderen Anstrengun-
03 gen zur Überwindung der sozialen Schere auch bei den
04 Kommunalen Leistungen verankern.

05

06 Darüber hinaus stellen wir folgende Forderungen:
07 Zur Ermöglichung einer verantwortungsvollen Personal-
08 entwicklung muss endlich das Außeneinstellungsverbot zur
09 Besetzung bestehender freier Planstellen aufgehoben wer-
10 den. Insbesondere in technischen Bereichen ist der Stellen-
11 pool schon seit langem leergefegt.

12 Der seit vielen Jahren unveränderte Kostendeckel der Grün-
13 flächenunterhaltung für alle Berliner Bezirke muss angeho-
14 ben werden. Zum einen konnten berlinweit neue Parks
15 hinzugewonnen, zum anderen viele bestehende Parkanla-
16 gen aufgewertet werden. Diese Tatbestände erfordern eine
17 Anpassung der Gesamtzuweisung.

18 Wir unterstützen den Senat bei der Forderung an den
19 Bund, die Städtebauförderung wieder zu erhöhen.

20 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Se-
21 nats, des Abgeordnetenhauses und des Bundestages auf,
22 sich für die Umsetzung dieser Forderungen einzusetzen und
23 dem LPT jährlich Bericht zu erstatten.

24

25 **Antrag Nr. 09/II/11**

26 **Jusos Berlin**

27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

28

29 **Berlins Bezirke finanziell auskömmlich ausstatten**

30 Die Haushaltssituation des Landes Berlin hat sich in den
31 letzten Jahren verschlechtert. Dies wird auch in den Bezir-
32 ken sichtbar. So haben die Bezirke, oftmals unverschuldet,
33 immer weniger Mittel über die sie frei entscheiden können.
34 Außerdem wurden durch die Lage des Landes Berlins be-
35 dingt Regelungen getroffen, die den Bezirken immer weni-
36 ger freie Mittel zur Verfügung stellen oder die Transparenz
37 durch den Ansporn Luftbuchungen zu tätigen gefährden.

38 Die Bezirke müssen ihre Leistungen auf ein Minimum sen-
39 ken, damit sie nicht in die Zwangsverwaltung des Landes
40 Berlin kommen. Viele Entscheidungen werden den Bezirken
41 außerdem von höherer Ebene aufoktroiert, was den Bezir-
42 ke in ihren Entscheidungen wenig freien Raum gibt.

43

44 **„Race to the bottom“ durch Medianisierung stoppen**

45 Die in den 90er Jahren eingeführte Medianisierung sieht
46 vor, die Kosten der einzelnen Produkte an den jeweiligen
47 fiktiven Medianbezirk anzupassen. Im Ergebnis führt die
48 Medianisierung nicht zu einer positiven Sanktionierung von
49 Einsparbemühungen. Vielmehr ist eine „Race to the
50 Bottom“-Tendenz zu erkennen. Senken die Bezirke ihre
51 Kosten, so sinkt der Median, was sich wiederum auf die
52 Mittelzuweisung auswirkt. Die Aufgaben sind mit weniger
53 Mitteln zu erfüllen. Diese Spiralbewegung nach unten kann
54 nicht endlos fortgesetzt werden.

55 Weiterhin erschwert die Medianisierung das Setzen politi-
56 scher Schwerpunkte durch die Bezirkspolitik. Es müssen
57 ökonomisch ineffiziente, aber sozialpolitisch wichtige Ein-
58 richtungen, wie z.B. Stadtteilbibliotheken, geschlossen
59 werden.

60

61 **Ehrliche und realistische Bezirkshaushaltspläne –**

62 Grundsätzlich müssen auch in einem Bezirkshaushaltsplan

09/II/11

Überweisung an Landesvorstand (K)

01 Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. In der Praxis
02 führt dies zu Luftbuchungen. Da die Bezirke keine Kredite
03 aufnehmen dürfen, werden zu erwartende Deckungslücken
04 durch überhöhte, nicht zu realisierende Einnahmeansätze
05 ausgeglichen.

06 Neben der Problematik auf der Einnahmeseite werden aber
07 in verschiedenen Bereichen (Straßenunterhaltung, Hoch-
08 bauunterhaltung) Ausgabevorgaben, die das Setzen eigener
09 politischer Schwerpunkte verhindern. Ein weiteres Problem
10 aus der Ausgabenseite besteht in Bereich von Pflichtleis-
11 tungen (Hilfe zur Erziehung oder ALG II). Aufgrund von
12 unrealistischen Erwartungen werden hier den Bezirken zu
13 geringe Mittelzuweisungen gemacht, die weitere Löcher in
14 ihre Haushalte reißen. Ferner müssen auch Gesichtspunkte
15 der Konnexität stärker berücksichtigt werden. Die Übertra-
16 gung von neuen Aufgaben an die Bezirke muss auch eine
17 entsprechende Mittelzuweisung zur Folge haben.

18

19 **Regionale Unterschiede in den Wertausgleich einbeziehen**

20 Auch in Bezirken mit „guter“ sozialer Struktur gibt es regio-
21 nale Problemkiese. Gelder, die einem Bezirk über den be-
22 zirklichen Wertausgleich zugeteilt werden, müssen zur
23 Hebung der Lebensqualität in regionalen Problemkiezen
24 eingesetzt werden.

25

26 **Sonderprogramme überprüfen**

27 Land, Bund und EU legen mittlerweile Programme für alles
28 Mögliche auf, aus denen die Bezirke Mittel erhalten kön-
29 nen. Die Programme reichen von Geldern für Sportanlagen-
30 sanierung bis zur Neugestaltung von Plätzen. Während die
31 Bezirke mit unzureichenden Mitteln auskommen müssen,
32 gibt es gerade von Seiten des Senats eine Inflationierung
33 von Sonderprogrammen. Bei den EU-Programmen kommt
34 als Problematik hinzu, dass in diesem Bereich jeder Bezirk
35 selbst mehr oder meistens weniger professionell vor sich
36 wurstelt. Sie müssen überprüft werden, aber als politisches
37 Steuerungsmittel erhalten bleiben.

38

39 **Keine Anrechnung der Immobilienwerte öffentlicher Ge- 40 bäude auf die Mittelzuweisung**

41 Die in der letzten Legislaturperiode eingeführte Anrech-
42 nung der Immobilienwerte öffentlicher Gebäude auf die
43 Mittelvergabe des Landes an die Bezirke macht eine quali-
44 tativ gleiche Bereitstellung von Dienstleistungen in allen
45 Bezirken nicht möglich. Der angerechnete fiktive Gebäude-
46 wert führt gerade bei Bezirken mit alten Schulgebäuden,
47 die einen hohen Immobilienwert haben, der sich aber reell
48 gar nicht realisiert lässt, zu einer unterdurchschnittlichen
49 Mittelausstattung. Dies führt zu einer unverschuldeten
50 Unterausstattung von Bezirken mit einem alten Gebäude-
51 bestand.

52

53 **Unsere Forderungen**

54 Der Haushalt muss sich mehr an sozialen als an ökonomi-
55 schen Punkten orientieren. Denn nur eine gute soziale
56 Infrastruktur verhindert Folgekosten, wie z.B. Kosten zur
57 Kriminalitätsbekämpfung. Doch die momentane Systema-
58 tik, wie die Bezirke ihr Geld bekommen, ist nur auf die
59 oberflächliche Kosteneinsparung ausgelegt. Deswegen gilt
60 es hier anzusetzen:

- 61 ■ Die Medianisierung muss durch ein System ersetzt
62 werden, das auch nicht ökonomische und sozialraum-

- 01 orientierte Schwerpunktsetzungen ermöglicht, und
02 Abwärtsspiralen entgegenwirkt..
- 03 ■ Die Bezirke benötigen eine realistische und auskömmliche
04 Mittelzuweisung, die auf Vorgaben weitestgehend
05 verzichtet und die Grundsätze der Konnexität be-
06 rücksichtigt.
 - 07 ■ Der Wertausgleich zwischen den Bezirken muss ge-
08 recht und vorausschauend ausgestaltet werden.
 - 09 ■ Die Sonderprogramme des Senats sind kritisch zu
10 überprüfen. Stattdessen sind die Bezirkshaushalte aus-
11kömmlich auszustatten, sodass die Bezirke die ent-
12sprechenden Aufgaben auch ohne Sonderprogramme
13erfüllen können. Eine einheitliche und effiziente Koor-
14dinierung der EU-Programme für die Bezirke ist erfor-
15derlich.

17 **Antrag Nr. 10/II/11**

18 **Jusos Berlin**

19 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

21 **Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten – Zukunft sichern!**

22 Jugendeinrichtungen – die ersten Opfer der Geldknappheit
23 Die Kassen der Hauptstadt sind seit Jahren leer. Dies be-
24 kommen in besonderer Härte die Bezirke zu spüren, die
25 eigenständig mit den Globalzuweisungen des Landes haus-
26 halten müssen. Auf Grund der aktuell finanziell prekären
27 Lage erwogen und erwägen viele Bezirke, Kinder- und Ju-
28 gendeinrichtungen aus der öffentlichen Trägerschaft zu
29 entlassen und in freie Trägerschaft zu überführen.

31 **Öffentliche und private Trägerschaft**

32 Kürzungen und Einsparungen im sozialen Bereich sind ein
33 beliebtes Mittel zur kurzfristigen Haushaltssanierung, sind
34 aber langfristig immer mit höheren Sozialausgaben verbun-
35 den. Gerade bei Kinder- und Jugendeinrichtungen ist eine
36 kleinräumige Politik und konkrete Orientierung an den
37 Bedürfnissen der Kieze erforderlich. Kinder- und Jugendein-
38 richtungen haben eine fundamentale sozial- und integri-
39 onspolitische Bedeutung für die Entwicklung von Kindern
40 und Jugendlichen. Sie stellen häufig die erste Anlaufstelle
41 für Jugendliche dar. Die SozialarbeiterInnen sind Ansprech-
42 partnerInnen für Eltern und hilfsbedürftige Jugendliche. Sie
43 sind am besten mit den Problemen von Jugendlichen und
44 ihrem Umfeld vertraut und stellen passgerechte Hilfs- und
45 Betreuungsangebote unbürokratisch zur Verfügung. Des-
46 halb hat die Aufrechterhaltung optimal funktionierender
47 Jugendfreizeiteinrichtungen für uns oberste Priorität. Kin-
48 der und Jugendliche dürfen nicht Leidtragende der man-
49 gelnden bezirklichen Ausfinanzierung durch das Land sein!
50 Wir Jusos halten deshalb grundsätzlich an der Gleichbe-
51 rechtigung von Einrichtungen in öffentlicher und freier
52 Trägerschaft fest. Freie Träger sind nicht „besser“ oder
53 „schlechter“ als Einrichtungen in öffentlicher Hand. Sie
54 stellen vielfach ein über lange Zeit gewachsenes Angebot
55 zur Verfügung, das angesichts erprobter pädagogischer
56 Konzepte und langjähriger Erfahrung aus den Kiezen nicht
57 wegzudenken ist.

58 Gleichzeitig sind öffentliche Träger nicht immer besser als
59 freie Träger. Gerade die erwarteten Kosteneinsparungen
60 durch die Übertragung an freie Träger macht unmissver-
61 ständlich deutlich, dass dadurch Mittel aus der Jugendhilfe
62 umgewidmet oder gekürzt werden sollen. Das ist für uns

10/II/11

Überweisung an Landesvorstand (K)

01 kein akzeptabler Weg.
02 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen arbeiten präventiv,
03 sie ermöglichen Kindern- und Jugendlichen sich selbst zu
04 entfalten und unterstützen sie Defizite auszugleichen. Kin-
05 der- und Jugendliche haben in unserer Stadt nicht mehr
06 viele Orte an denen sie willkommen sind. Einsparungen im
07 Jugendbereich wären fatal für die persönliche Entwicklung
08 vieler Kinder und Jugendlicher. Daher fordern wir:

09

10 **Öffentliche Aufgaben wahrnehmen**

11 Die Übertragung von vormals vom Bezirk unterhaltenen
12 Einrichtungen an freie Träger kann keine zufriedenstellende
13 Antwort oder gar Lösung der finanziellen Situation der
14 Bezirke sein. Den Bezirken müssen ausreichende finanzielle
15 Mittel zur Verfügung gestellt werden um auch in Zukunft
16 eigene Einrichtungen in der Kinder- und Jugendarbeit be-
17 treiben zu können. Der Behalt von Einrichtungen in öffent-
18 licher Hand muss Priorität vor der Übergabe an freie Träger
19 haben. Bei Übertragungen an freie Träger ist darüber hin-
20 aus darauf zu achten, dass die Immobilien in öffentlicher
21 Hand behalten werden und adäquat baulich unterhalten
22 und gepflegt werden. Eine Ausfinanzierung aus den Zu-
23 wendungen ist freien Trägern in der Regel nicht möglich.
24 Die Bezirke müssen so ausgestattet werden, dass sie neben
25 den Pflichtaufgaben auch weiterhin Ressourcen zur Erfül-
26 lung sogenannter freiwilliger Aufgaben zur Verfügung ha-
27 ben. Die Bezirke müssen darüber hinaus genügend finanzi-
28 ellen Spielraum haben, um präventive Angebote zur Ver-
29 hinderung von Hilfen zur Erziehung zur Verfügung haben.

30

31 **Freie Trägerschaft klar regeln**

32 Freien Trägern, die Jugendeinrichtungen betreiben oder
33 übernehmen, muss die Arbeit erleichtert werden. Dabei ist
34 jedoch auf die Einhaltung von zu definierenden Qualitäts-
35 standards zu achten. Die politische Steuerung der Vergabe
36 und Qualitätsstandards ist hierzu notwendig. Die Bezirke
37 werden aufgefordert, hierzu Konzepte zu erarbeiten, um in
38 allen Kinder- und Jugendeinrichtungen Qualitätsstandards
39 zu sichern. Bei der Vergabe müssen individuelle und klein-
40 teilige Angebote Priorität haben. Es muss entsprechend der
41 Bedingungen vor Ort ein regionales Verteilmodell der Mittel
42 geben, dass die Sozialräume berücksichtigt. Indikatoren
43 könnten hier zum Beispiel die Anzahl der Kinder und Ju-
44 gendlichen der Zielgruppe, Anteil Kinder und Jugendliche
45 nichtdeutscher Herkunft, Anteil der Transferleistungsemp-
46 fängerInnen, Arbeitslosenquote, oder ähnliches. Bei der
47 Vergabe muss gewährleistet sein, dass die Träger in ihrer
48 Arbeit Gender Mainstreaming und interkulturelle Aspekte
49 berücksichtigen sowie Gender Budgeting anwenden. Es
50 dürfen nur gemeinnützige Träger mit dem Betrieb von
51 Kinder- und Jugendeinrichtungen beauftragt werden. Ge-
52 winnorientierte und gewerbliche Träger sind mit unseren
53 Vorstellungen von guter Kinder- und Jugendarbeit nicht
54 vereinbar.

55 Wenn Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen im Zuge der
56 Schwerpunktsetzung der Bezirke an freie Träger der Ju-
57 gendhilfe übertragen werden, muss der Erhalt der Angebo-
58 te und der Qualität und nicht das Einsparergebnis im Fokus
59 des politischen Handelns stehen. Einrichtungen, die in freie
60 Trägerschaft überführt werden, müssen nach Mindestauss-
61 tungsstandard gewahrt werden.

62 Die Bewilligungszeiträume müssen verpflichtend auf drei

01 Jahre ausgeweitet werden um die Planungssicherheit der
02 freien Träger und die in dieser Arbeit so wichtige Kontinui-
03 tät zu sichern. Um bürokratischen Zusatzaufwand zu ver-
04 meiden, muss die Qualitätssicherung dabei im Rahmen der
05 bestehenden Qualitätsdialoge des Berliner Rahmenvertrag
06 für Hilfen in Einrichtungen und durch Dienste der Kinder-
07 und Jugendhilfe (BRVJug) erfolgen.

08 Es muss ein Schutzschirm entwickelt werden, mit dem
09 Einrichtungen abgesichert werden, die derzeit über Leis-
10 tungen aus den „Hilfen zur Erziehung (HzE)“ (mit)-finanziert
11 werden, zum Beispiel im Rahmen von sozialer Gruppenar-
12 beit. Das Dilemma dieser Einrichtungen, dass qualitativ
13 hochwertige Arbeit ihre eigene Existenzgrundlage zerstört,
14 da ein sinkender Bedarf an HzE-Leistungen im entspre-
15 chenden Sozialraum dazu führt, dass Zuwendungen für die
16 Einrichtung gekürzt werden, muss dadurch wirksam aufge-
17 löst werden.

18 Es muss definierte Ausstattungsstandards geben um Ein-
19 richtungen unterschiedlicher Größe gerecht zu werden.
20 Eine Unterteilung nach kleinen, mittleren und großen Ein-
21 richtungen kann dabei sinnvoll sein. Jeder der Kategorien
22 müssen entsprechende Standards zugeordnet werden (z.B.
23 Anzahl der regulär Beschäftigten, Sachmittelausstattung,
24 Honorarmittel). Eine Vergabe von Einrichtungen ohne Per-
25 sonal an Träger wäre lediglich eine verschleierte Mittelkür-
26 zung.

27

28 **Jugendförderung braucht Beschäftigung**

29 Die Neueinstellungsbeschränkungen für Bezirke müssen für
30 den Bereich der Beratungs- und Unterstützungsangebote
31 sowie des Regionalen Sozialpädagogischen Dienstes und
32 Bereich des Kinderschutzes aufgehoben werden. Auch
33 bezirkliche Einrichtungen müssen neues Fachpersonal
34 einstellen dürfen und nicht rein auf den hauptsächlich mit
35 Verwaltungspersonal angefüllten Stellenpool angewiesen
36 sein.

37 Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Deshalb müs-
38 sen freie Träger vom Senat dazu verpflichtet werden, ihren
39 MitarbeiterInnen das gleiche Gehalt wie den KollegInnen in
40 öffentlich getragenen Einrichtungen zu zahlen. Mitarbeite-
41 rInnen von Einrichtungen aus vormals öffentlicher in nun
42 freier Trägerschaft muss eine Rückkehrmöglichkeit ohne
43 Nachteile in den öffentlichen Dienst gewährt werden. Eine
44 Minimierung des Personalaustauschs bei Übertragungen
45 sichert langfristig die Qualität der Arbeit. Gleicher Lohn für
46 gleiche Arbeit bedeutet aber auch, dass Mitarbeiterinnen
47 und Mitarbeiter für gleiche Tätigkeiten gleich bezahlt wer-
48 den müssen.

49

50 **Evaluation und demokratische Partizipation**

51 Die Angebote im Kinder- und Jugendbereich müssen regel-
52 mäßigen Evaluationen unterzogen werden. Dabei dürfen
53 auch künftig keine zu hohen Hürden aufgebaut werden, um
54 keine Ressourcen in der Arbeit mit und für Kinder und
55 Jugendliche zu vergeuden. Jugendpolitik kann nur erfolg-
56 reich sein, wenn auch die demokratische und eigenverant-
57 wortliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sicher-
58 gestellt wird. Deshalb muss die Finanzierung der im Landes-
59 jugendring zusammengeschlossenen Jugendorganisationen
60 langfristig sichergestellt werden.

61

62

01 **Bildung**

05 **Antrag Nr. 11/II/11**

06 **KDV Reinickendorf**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

09 **Bessere Betreuung für Referendar/innen!**

10 Referendar/innen müssen besser betreut werden. Aus
11 diesem Grund ist Folgendes für uns unerlässlich:
12 Es muss auf jeden Fall sichergestellt werden, dass die Aus-
13 bilder/innen der Referendariatsseminare oder andere Be-
14 treuer/innen, z.B. Lehrer/innen an den Schulen, genügend
15 Zeit haben, um Referendar/innen im Unterricht zu betreu-
16 en. Dies ist gegenwärtig nicht immer der Fall. Deshalb müs-
17 sen für Ausbilder/innen mehr Entlastungsstunden zur Ver-
18 fügung gestellt werden.

20 **Antrag Nr. 12/II/11**

21 **Jusos Berlin**

22 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

24 **Bessere Betreuung für Lehramtsreferendar/innen!**

25 **Forderung:**

26 Lehramtsreferendar/innen müssen besser betreut werden.
27 Aus diesem Grund ist folgendes für uns unerlässlich:
28 Es muss auf jeden Fall sichergestellt werden, dass die Aus-
29 bilder/innen der Referendariatsseminare und Lehrer/innen
30 an den Schulen genügend Zeit haben, um Lehramtsrefe-
31 rendar/innen im Unterricht zu betreuen. Dies ist gegenwär-
32 tig nicht immer der Fall. Deshalb müssen für Ausbil-
33 der/innen mehr Entlastungsstunden zur Verfügung gestellt
34 werden.

36 **Hintergrund:**

37 In Berlin ist die Lage der Lehramtsreferendar/innen so, dass
38 sie nach Beendigung ihres Studiums in den Vorbereitungs-
39 dienst kommen, in denen sie theoretische Seminare durch-
40 laufen. Gleichzeitig übernehmen sie auch zeitnah Unter-
41 richtsstunden. Meistens haben sie eine/n Betreuer/in an
42 ihrer Seite, in vielen Fällen aber auch nicht. Betreut werden
43 sie idealerweise von der/m Ausbilder/in, die/der das Semi-
44 nar leitet oder Lehrer/innen der Schulen. Dies dient dazu,
45 ein sofortiges Feedback zu geben.
46 Gehen Lehramtsreferendar/innen unbetreut in Schulklas-
47 sen, ist es ihnen kaum möglich ein wirklich nüchternen Blick
48 auf das eigene pädagogische Verhalten zu bekommen.
49 Treten Ausnahmesituationen ein, werden immer Rück-
50 schlüsse auf das eigene Verhalten gezogen. Durch diese
51 Rückschlüsse formt sich zukünftiges pädagogisches Verhal-
52 ten der Lehrer/innen. Will ein/e Lehrer/in z. B. ihre/seine
53 neue Unterrichtsmethode ausprobieren und die Klasse ist
54 während der Stunde nicht ruhig zu stellen, mag sie/er da-
55 raus den Rückschluss ziehen, dass ihre/seine neue Methode
56 diese Unruhe verursacht hat. Dies kann stimmen, gleichzei-
57 tig kann es aber auch eine verkürzte Analyse sein. Mögli-
58 cherweise besteht gerade ein sozialer Konflikt innerhalb
59 der Gruppe, der der/m Lehrer/in durch den Stress aber
60 nicht bewusst wird. Eine zweite Person, die Feedback ge-
61 ben kann, verhindert wirksam, dass solche Verkürzungen
62 stattfinden.

11/II/11

Erledigt bei Annahme 12/II/11 (K)

12/II/11

Annahme (K)

01 Viele der jungen Lehrer/innen kommen engagiert in die
02 Schulen mit neuen Konzepten und sind gewillt, die alten
03 Verkrustungen zu lösen, denen sie selbst in ihrer Schulzeit
04 begegnet sind. Werden sie allerdings völlig ohne Unterstüt-
05 zung in den Unterricht „geworfen“, sind sie häufig von den
06 Anforderungen überfordert. Sie frustrieren, werfen alle
07 Konzepte und guten Ideale über Bord und bedienen sich
08 der konservativsten Lehrmethoden, weil alle anderen ihnen
09 mit der Realität nicht vereinbar scheinen. Das Feedback der
10 zweiten Person im Unterricht hilft ihnen, sich langsam an
11 die Anforderungen zu gewöhnen und für sich zu erkennen,
12 dass, auch wenn Dinge nicht so gelaufen sind, wie sie ge-
13 plant waren, es nicht am eigenen Versagen liegen muss. Sie
14 müssen noch in den Beruf „hereinwachsen“. Sie brauchen
15 Betreuung und, wie es auch in jedem Lehrbetrieb wäre,
16 eine Person, die sie mit den „Werkzeugen“ des pädagogi-
17 schen Handelns vertraut macht.
18 Mit Bildung spielt man nicht. Sie ist unsere einzige Ressour-
19 ce, die wir in Zukunft haben werden und die einzige Mög-
20 lichkeit unseren Wohlstand zu bewahren, ganz abgesehen
21 von den Auswirkungen, die ein/e frustrierte/r, desillusio-
22 nierte/r, überforderte/r Lehramtsreferendar/in, die/der
23 irgendwann zur/m frustrierten, desillusionierten, überfor-
24 derten Lehrer/in wird, auf die Köpfe der Kinder und Jugend-
25 lichen dieser Gesellschaft hat. Bessere Betreuung jetzt!

27 **Antrag Nr. 13/II/11**

28 **Jusos Berlin**

29 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

31 **Erlernen des kritischen Umgangs mit Internetseiten, als**
32 **einen inhaltlichen Schwerpunkt des Unterrichts**

33 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordne-
34 tenhaus auf, sich bei der Senatsverwaltung für Bildung,
35 Wissenschaft und Forschung dahingehend einzusetzen,
36 dass der kritische Umgang mit Internetseiten und dessen
37 Inhalten im Unterricht geschult und thematisiert wird.

38 Ebenso fordern wir eine dahingehende Änderung der Rah-
39 menlehrpläne. Außerdem sollen SchülerInnen sensibilisiert
40 werden, Informationen im Internet zu hinterfragen, da
41 unterschiedliche Organisationen, Vereine und auch einzel-
42 ne Personen das Medium Internet immer stärker für ihre
43 Propaganda und rechtspopulistischen, demokratiefernen
44 und radikalen Meinungen nutzen.
45 Darüber hinaus sollen die SchülerInnen über die Gefahren
46 und Risiken informiert werden, welche bei der Veröffentli-
47 chung von persönlichen Daten im Internet entstehen kön-
48 nen.

50 **Antrag Nr. 14/II/11**

51 **KDV Reinickendorf**

52 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

53 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

55 **Klare und einheitliche Regelungen zur Anerkennung aus-**
56 **ländischer Berufsabschlüsse**

58 Das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz der Bundesre-
59 gierung ist nicht weitreichend genug. In der vorliegenden
60 Form werden keine neue Kultur der Anerkennung und kein
61 Anspruch auf Beratung geschaffen und es werden keine
62 ausreichenden Brücken ins Berufsleben für MigrantInnen

13/II/11

Annahme (K)

14/II/11

Annahme i. d. F. d. AK (K):

Klare und einheitliche Regelungen zur Anerkennung aus-
ländischer Berufsabschlüsse

Das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz der Bundesre-
gierung ist nicht weitreichend genug. In der vorliegenden
Form werden keine neue Kultur der Anerkennung und kein
Anspruch auf Beratung geschaffen und es werden keine
ausreichenden Brücken ins Berufsleben für MigrantInnen

01 gebaut. Eine wirkliche Anerkennung der Berufsabschlüsse
02 von Menschen mit anderer Staatsangehörigkeit ist ein
03 wichtiger Schritt für eine funktionierende und erfolgreiche
04 Integration und bekämpft den (künftigen) Fachkräftemangel.
05 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senates
06 und des Deutschen Bundestages werden dazu aufgefordert,
07 sich dafür einzusetzen, dass

- 09 ▪ es künftig in Deutschland eine kompetente zentrale
10 Anlaufstelle für alle Fragen zu ausländischen Berufsabschlüssen gibt.
- 12 ▪ es künftig pro Bundesland mehrere Beratungsbüros
13 gibt, die Migranten und Migrantinnen zeitnah und unbürokratisch
14 über die Möglichkeiten der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse
15 informieren.
- 16 ▪ es künftig einen gesetzlich verankerten Beratungsanspruch
17 für die Betroffenen gibt.
- 18 ▪ die Betroffenen aller Berufe (nicht nur der reglementierten)
19 einen Anspruch auf sogenannte Anpassungsmaßnahmen haben,
20 die zu einer Anerkennung ihres Berufsabschlusses bzw. einer
21 Gleichwertigkeitsbescheinigung führen. Diese Anpassungsmaßnahmen
22 müssen finanziell gefördert werden.
- 24 ▪ zur Anerkennung eines Abschlusses künftig nicht mehr
25 das Land, *wo die Qualifikation erworben wurde*, sondern lediglich
26 die Qualifikation ausschlaggebend ist und es daher keine pauschale
27 Unterteilung in EU-Mitgliedsstaat/Nicht-EU-Mitgliedsstaat mehr gibt,
28 die über die Anerkennung entscheidet.
- 30 ▪ die Gebühren des Anerkennungsverfahrens, die der/die
31 Antragsteller/in tragen muss, so gering wie möglich gehalten
32 werden und bundesweit einheitlich sind, damit diese nicht zu
33 sozialen Hürden werden.
- 34 ▪ es für die Berufe in Landeshoheit (wie z.B. Lehrer/in oder
35 Ingenieur/in) bundesweit künftig einheitliche Verfahren und
36 Standards zur Anerkennung gibt.
- 37 ▪ es eine zentrale Stelle gibt, die die Qualität, Einheitlichkeit
38 und Gerechtigkeit der Berufsanerkennungsverfahren überprüft
39 und für Beschwerden und Widersprüche zuständig ist.

42 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senates
43 werden zusätzlich dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
44 dass das Land Berlin zeitnah entsprechende Regelungen zur
45 Anerkennung ausländischer Abschlüsse für die Berufe in
46 Landeshoheit wie z.B. Lehrer/in oder Ingenieur/in unbürokratisch
47 und bürgerfreundlich umsetzt.

49 **Antrag Nr. 15/II/11**

50 **Jusos Berlin**

51 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

53 **Finanzielle Untersetzung der Inklusion**

54 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
55 hauses und des Senats werden aufgefordert, die haus-
56 haltsmäßigen Voraussetzungen für die Inklusion von Schü-
57 lerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förder-
58 bedarf in Regelklassen der Grundschulen und weiterfüh-
59 renden Schulen zu schaffen.

61 Eine der absehbar zentralen Aufgaben der kommenden
62 Wahlperiode wird im Bildungsbereich die Umsetzung der

gebaut. Eine wirkliche Anerkennung der Berufsabschlüsse
von Menschen mit anderer Staatsangehörigkeit ist ein
wichtiger Schritt für eine funktionierende und erfolgreiche
Integration und bekämpft den (künftigen) Fachkräftemangel.
Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senates
und des Deutschen Bundestages werden dazu aufgefordert,
sich dafür einzusetzen, dass

- es künftig in Deutschland eine kompetente zentrale
Anlaufstelle für alle Fragen zu ausländischen Berufsabschlüssen gibt.
- es künftig pro Bundesland mehrere Beratungsbüros
gibt, die Migranten und Migrantinnen zeitnah und unbürokratisch
über die Möglichkeiten der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse
informieren.
- es künftig einen gesetzlich verankerten Beratungsanspruch
für die Betroffenen gibt.
- die Betroffenen aller Berufe (nicht nur der reglementierten)
einen Anspruch auf sogenannte Anpassungsmaßnahmen haben,
die zu einer Anerkennung ihres Berufsabschlusses bzw. einer
Gleichwertigkeitsbescheinigung führen. Diese Anpassungsmaßnahmen
müssen finanziell gefördert werden.
- zur Anerkennung eines Abschlusses künftig nicht mehr
das Land, *wo die Qualifikation erworben wurde*, sondern lediglich
die Qualifikation ausschlaggebend ist und es daher keine pauschale
Unterteilung in EU-Mitgliedsstaat/Nicht-EU-Mitgliedsstaat mehr gibt,
die über die Anerkennung entscheidet.
- die Gebühren des Anerkennungsverfahrens, die der/die
Antragsteller/in tragen muss, so gering wie möglich gehalten
werden und bundesweit einheitlich sind, damit diese nicht zu
sozialen Hürden werden.
- es für die Berufe in Landeshoheit (wie z.B. Lehrer/in)
bundesweit künftig einheitliche Verfahren und Standards zur
Anerkennung gibt.
- es eine zentrale Stelle gibt, die die Qualität, Einheitlichkeit
und Gerechtigkeit der Berufsanerkennungsverfahren überprüft
und für Beschwerden und Widersprüche zuständig ist.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senates
werden zusätzlich dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
dass das Land Berlin zeitnah entsprechende Regelungen zur
Anerkennung ausländischer Abschlüsse für die Berufe in
Landeshoheit wie z.B. Lehrer/in oder Ingenieur/in unbürokratisch
und bürgerfreundlich umsetzt.

15/II/11

Annahme (K)

01 Inklusion sein. Hierfür liegt seit Anfang Februar 2011 ein
02 Konzept zur Umsetzung vor. Dieses geht davon aus, dass
03 eine Umsetzung kostenneutral zu schaffen ist. Im Wesentli-
04 chen soll dies lediglich durch einen veränderten Einsatz der
05 vorhandenen sonderpädagogischen Fachkräfte dann im
06 Rahmen der „Regelschule“ sowie eine Absenkung der Quo-
07 te festgestellten Förderbedarfs geschehen. Eine solche
08 kostenneutrale Umsetzung bei gleichbleibenden Klassen-
09 frequenzen ist nach überwiegender Meinung der Fachkräf-
10 te aus der Praxis unrealistisch.

11
12 Die Integration von Schüler/innen mit festgestelltem För-
13 derbedarf in die Regelschule bedarf neben einer zielsiche-
14 ren inhaltlichen Ausgestaltung einer auskömmlichen finan-
15 ziellen, räumlichen und personellen Ausstattung der auf-
16 nehmenden Schulen. Es müssen flankierende Maßnahmen
17 für inklusive Settings getroffen werden, die eine Beschü-
18 lung z.B. auch von Schülern/innen mit erheblichem Förder-
19 bedarf im Bereich „Emotional-soziale Entwicklung“ (früher:
20 „verhaltensauffällige“ Schüler/innen) tatsächlich ermögli-
21 chen.

22
23 Ggf. durch Inklusion erforderliche bauliche Maßnahmen an
24 den aufnehmenden Schulen müssen gegenüber den Bezir-
25 ken im Wege einer entsprechenden Sonderzuweisung bzw.
26 einer angemessenen Aufstockung der bestehenden Finan-
27 zierungsinstrumente abgefangen werden. Keinesfalls kön-
28 nen diese Maßnahmen zu Lasten der zahlreichen dringen-
29 den sonstigen baulichen Erfordernisse im Bestand der
30 Schulgebäude erfolgen.

32 **Antrag Nr. 16/II/11**

33 **Jusos Berlin**

34 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

36 **Hortplätze auch für Kinder der 5. und 6. Klassen**

37 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
38 hauses und des Senats werden aufgefordert, die gesetzli-
39 chen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, um
40 künftig auch Schülerinnen und Schülern der Klassen 5 und 6
41 einen Hortplatz zur Verfügung stellen zu können.

42 Die bisherige Praxis erlaubt die Bewilligung eines Hortplat-
43 zes nur im Einzelfall bei Vorliegen einer besonderen päda-
44 gogischen Begründung. Fehlt diese, kann eine Betreuung im
45 Nachmittagsbereich außerhalb der Ganztagschulen regel-
46 mäßig nicht erfolgen. Viele der Grundschüler/innen der
47 Klassen 5+6, die keine Ganztagschule besuchen, können so
48 kein verlässliches und regelmäßiges Hausaufgaben- und
49 Betreuungsangebot im Nachmittagsbereich wahrnehmen.
50 Im Falle der Berufstätigkeit von Eltern oder entsprechend
51 unzureichender Unterstützung bei Hausaufgabenbetreuung
52 und Freizeitgestaltung bleiben diese sog.

53 „Lückekinder“ bisher sich selbst überlassen. (Freiwillige)
54 Angebote im Jugendfreizeitbereich sind weder überall
55 flächendeckend und schulnahe vorhanden, noch sollen
56 oder können sie eine Hortbetreuung ersetzen

57

58

59

60

61

62

16/II/11

Erledigt durch Handeln der Fraktion und des Senats (K)

01 **Antrag Nr. 17/II/11**

02 **Jusos Berlin**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04

05 **Keine Segregation in Berliner Klassenzimmern – Das Prinzip der sozialen Inklusion stärken**

06
07 Die Jusos Berlin fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses auf, sich für rechtliche Rahmenbedingungen einzusetzen, die die in
08 Teilen der Berliner Schulen vorhandene Praxis der Segregation bestimmter Minderheitengruppen unterbindet und
09 stattdessen soziale Inklusion in den Klassenzimmern Berlins
10 stärker zu fördern und dafür mehr(Lehr-)personal einzustellen.
11
12
13
14
15

16 **Antrag Nr. 18/II/11**

17 **Jusos Berlin**

18 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

19

20 **Schulqualität sichern – „Schule in Freiheit“ ablehnen!**

21 Mehr Freiheiten für Privatschulen fordert die Volksinitiative
22 „Schule in Freiheit“ und wirbt damit in Berlin um Unterstützung.
23 Ende November konnten die Verantwortlichen das Erreichen der notwendigen Unterschriftenanzahl verkünden und werden daher das Rederecht im Berliner Abgeordnetenhaus erhalten um ihr Anliegen vorzustellen. Die Forderungen konzentrieren sich im Wesentlichen auf drei Punkte:
24
25
26
27
28
29

30 So fordert die Volksinitiative vollständige pädagogische Freiheit aller Privatschulen und eine völlige Unabhängigkeit aller Schulen in inhaltlichen Fragen. Die staatliche Schulaufsicht soll zu einer reinen Rechtsaufsicht degradiert werden um ein flexibleres Schulwesen zu erhalten.

31 Der Staat trägt die Verantwortung über Qualitätsstandards an den Schulen. Von dieser Aufgabe kann und darf er nicht entbunden werden. Schule zu gestalten ist eine der wichtigsten bildungspolitischen Herausforderungen, der sich der Staat stellen muss. „Gesellschaftliche Übereinkünfte (kulturelle Standards)“ wie sie die Volksinitiative als einzige Grundlage des Lehrinhalts angibt, können keine Rahmenlehrpläne oder Curricula ersetzen. Die Erfahrungen mit den in ihrer Curricula-Gestaltung fast völlig freien Bekenntnisschulen verschiedener Glaubensrichtungen im Vereinigten Königreich zeigen, dass eine Rücknahme der staatlichen Aufsicht über die Lehrinhalte fundamentalistischen Inhalten – wie zum Beispiel dem Kreationismus als Bestandteil des Biologieunterrichts - Tür und Tor öffnet.
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Darüber hinaus sollen alle Schulen egal ob in staatlicher oder freier Trägerschaft die gleiche finanzielle Ausstattung erhalten. Dadurch soll die Finanzierung aller Privatschulen verbessert werden und die Attraktivität von Privatschulen gegenüber öffentlichen Schulen gesteigert werden.
51 Von gleichberechtigter Finanzierung kann jedoch keine Rede sein. Die Privatschulen wollen sich ihre Möglichkeiten zur zusätzlichen Mittelakquise offen halten. Letztendlich bedeutet eine vollständige Finanzierung aller Privatschulen eine unsolidarische Verschiebung der Mittel von den staatlichen Schulen weg. Schon jetzt beziehen Privatschulen einen Großteil ihres Budgets aus staatlichen Mitteln. Die finanzielle Gleichstellung von Privatschulen und öffentli-

17/II/11

Rücküberweisung an Antragsteller m. d. B. u. Konkretisierung (K)

18/II/11

Rücküberweisung an Antragsteller

01 chen Schulen befördert die soziale Selektion und vergrößert
02 die bestehenden Ungerechtigkeiten im Bildungssystem.
03 Alle Schulen sollen sich vollständig selbst verwalten und so
04 zum Beispiel alle Lehrerinnen und Lehrer frei auswählen
05 dürfen und das ihnen zur Verfügung stehenden Geld frei
06 einsetzen dürfen.

07
08 Auch die Verlagerung aller organisatorischer Aufgaben von
09 der Senatsverwaltung zur Schule hin und die damit verbun-
10 dene massive Steigerung des Verwaltungsaufwandes an
11 allen Schulen lehnen wir ab. Die Schulen sollen Ort pädago-
12 gischer Arbeit sein und keinen eigenen Verwaltungsapparat
13 aufbauen.

14
15 Der Rückzug des Staates aus der aktiven Schulbildung wäre
16 eine gesellschaftliche Bankrotterklärung. Wir lehnen das
17 Ansinnen der Volksinitiative „Schule in Freiheit“ folglich ab.
18 Ein weiterer Ausbau der Position der Privatschulen würde
19 das derzeitige Missverhältnis zementieren und die Waag-
20 schale noch weiter zu Gunsten privater Bildungsträger
21 verschieben. Die Volksinitiative will zurück zum Alten, zu-
22 rück zur privat organisierten Bildungseinrichtung, die sich
23 aussuchen kann, wen sie unterrichten will. Wir stehen
24 dafür ein, dass Bildung eine Aufgabe des Staates ist, die
25 allen gleichermaßen und kostenlos durch diesen zur Verfü-
26 gung gestellt werden muss.

27
28 In den letzten Jahren expandierten in Berlin Privatschulen
29 in einem enormen Maße. Sie sind ein Teil der bildungspoli-
30 tischen Misere in Berlin und darüber hinaus. Die Defizite
31 der öffentlichen Schulen müssen dringend beseitigt werden
32 und ihr pädagogisches Angebot muss ausgeweitet werden.
33 Weder eine kleine oder eine große Zahl an Privatschulen
34 könnte helfen die Berliner Probleme zu lösen, vielmehr sind
35 sie dadurch, dass sie sozial spalten, ein Teil des Problems.
36 Der Entwicklung hin zu mehr Schulen privater Trägerschaft
37 muss Einhalt geboten werden und ihr entgegengesteuert
38 werden. Wir streben ein Berlin fast ohne private Schulen
39 an!

40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Europa

**Wiedervorlage | Antrag Nr. 18/I/11
(vertagt vom LPT am 13.05.11)**

KDV Pankow

Der Landesparteitag möge beschließen:

**Europäische Volksinitiative zum vollständigen Ausstieg
aus der Atomenergie**

Die Berliner SPD wird sich aktiv an der europäischen Volksinitiative zum vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie und zum Ausbau der erneuerbaren Energien“ beteiligen.

Antrag Nr. 19/II/11

FA II - EU-Angelegenheiten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Euratom-Vertrag überarbeiten – europaweiten Atomausstieg
voranbringen!**

Die SPD fordert eine grundlegende Überarbeitung des Euratom-Vertrages. Mittelfristig müssen die operativen Bestimmungen des Euratom-Vertrags und der Vertrag selbst auslaufen.

Dabei sind insbesondere folgende Forderungen von Bedeutung:

- Die durch den Euratom-Vertrag festgeschriebene Sonderstellung der Kernenergie soll abgeschafft werden, insbesondere sollen alle Passagen des Euratom-Vertrages gestrichen werden, die Investitionen in die Atomkraft begünstigen. Die frei werdenden Mittel sollen stattdessen außerhalb von Euratom für die Forschung und Entwicklung von erneuerbaren Energien eingesetzt werden. Die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Kernspaltung soll sich auf Grundlagenforschung, Sicherheits- und Gesundheitsfragen beschränken.
- Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Atomenergie noch einige Zeit Teil des Energiemixes vieler Mitgliedstaaten bleiben wird, müssen höchstmögliche, verbindliche Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke gelten. Die Kontrolle der Sicherheitsstandards soll verschärft werden. Zudem soll die Europäische Atomenergiebehörde den Austausch mit den Nachbarländern der
- EU ausbauen, um diese über Fortschritte bei Sicherheits- und Gesundheitsfragen zu informieren und ihnen bei der Umsetzung höchstmöglicher Sicherheitsstandards behilflich sein.
- Die Sicherheitsstandards für Zwischen- und Endlager müssen europaweit einheitlich hoch sein.
- Der europaweite Ausstieg aus der Atomkraft soll vorbereitet werden. Dazu muss der Euratom-Vertrag mittelfristig auslaufen.

Die SPD wird für diese Ziele im Rahmen der SPE werben und sich dafür einsetzen, dass schnellstmöglich ein Konvent nach dem Vorbild des Verfassungskonvents einberufen wird, die den Vertrag zur Gründung einer Europäischen

18/I/11

Annahme (K)

19/II/11

Annahme (K)

01 Atomgemeinschaft mit dieser Zielrichtung überarbeitet. Ein
02 Konvent ist ein geeignetes Mittel, europaweit Aufmerk-
03 samkeit für dieses wichtige Thema zu generieren – es darf
04 nicht hinter verschlossenen Türen scheitern!
05

06 **Antrag Nr. 20/II/11**

07 **FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung**

08 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

09 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

10

11 **Schädliche Finanzmarktspekulationen mit Nahrungsmit-**
12 **teln und Rohstoffen unterbinden**

13 Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, bei der
14 Bundesregierung zielgerichtete Initiativen auf europäischer
15 und internationaler Ebene zur Unterbindung reiner Finanz-
16 spekulationen bei Warentermingeschäften mit Rohstoffen
17 und Nahrungsmitteln insbesondere auf der Ebene des
18 Europäischen Ministerrats und der betreffenden Verhand-
19 lungen der G 20-Staaten einzufordern.
20

21 Die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament wird
22 aufgefordert, den Beschlüssen des Europäischen Parla-
23 ments zur Regulierung von Finanzmarkttransaktionen mit
24 Nahrungsmitteln und Rohstoffen durch Einforderung einer
25 präzisen und mit wirksamen Kontrollmöglichkeiten ausge-
26 statteten Fassung der Richtlinie zu Finanzmarktinstrumen-
27 ten der EU-Kommission MiFID Geltung zu verschaffen. Dazu
28 gehören die Festlegung von Positionslimits (Begrenzung
29 von Zahl der abzuschließenden Standardverträge für Wa-
30 rentermingeschäfte) und der Ausschluss von Finanzinstituten
31 von den Rohstoffbörsen.

32 Weiterhin sollten Finanzprodukte, die der Spekulation mit
33 Nahrungsmitteln und Rohstoffen ohne Bezug zur Absiche-
34 rung von Realgeschäften dienen, verboten werden.
35

36 Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, alle Einflussmög-
37 lichkeiten, z.B. auch die Sozialistische Internationale und
38 die internationale Gewerkschaftsbewegung zu nutzen, um
39 eine weltweite Initiative zur Bekämpfung der weltweiten
40 Spekulation mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen in Gang
41 zu bringen.
42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

20/II/11

Annahme (K)

01 **Finanzen**

02
03
04
05 **Wiedervorlage | Antrag Nr. 21/I/11**
06 **(vertagt vom LPT am 13.05.11)**

07 **KDV Marzahn-Hellersdorf**

08 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

09 **Der Bundesparteitag möge beschließen :**

10
11 **§ 266 c Missbrauch des Lastschriftverfahrens**

12 Die SPD-Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert
13 sich für die Einfügung eines § 266c StGB Missbrauch des
14 Lastschriftverfahrens einzusetzen. „Wer gegenüber einem
15 Kreditinstitut wahrheitswidrig vorgibt, ihm sei eine Ein-
16 zugsermächtigung mit der Befugnis zur Belastung eines
17 fremden Girokontos im Lastschriftverfahren erteilt worden,
18 wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder Geldstrafe
19 bestraft. Nach S.1 wird auch die im Ausland begangene Tat
20 bestraft, wenn sie gegenüber einem Kreditinstitut mit Sitz
21 im Inland oder gegenüber der im Inland gelegenen Nieder-
22 lassung eines Kreditinstituts mit Sitz im Ausland begangen
23 wird. Die angemäße Einzugsermächtigung stellt heute ein
24 strafloses Geschäftsmodell vor, welches nicht von § 263
25 StGB Betrug erfasst wird, da keine Täuschung eines Men-
26 schen vorliegt. Nach Bankenvorschriften erfolgt keine
27 Überprüfung der Berechtigung und damit kann keine Täu-
28 schung im Sinne des § 263 StGB existieren. Die Bürger sind
29 heute zum einen nicht ausreichend über die 6-wöchige
30 Widerrufsfrist informiert, zum anderen kann gegenüber
31 rechtswidrigen Handeln nicht allein der unschuldige Konto-
32 inhaber bestraft werden.

33
34 Durch die Strafandrohung wäre dem Geschäftsmodell die
35 Grundlage entzogen.

36
37 **Antrag Nr. 21/II/11**

38 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

39 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

40
41 **Grunderwerbsteuer**

42 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefordert,
43 darauf hinzuwirken, dass im Abgeordnetenhaus die Erhö-
44 hung der Grunderwerbsteuer von bisher 4,5 vom Hundert
45 auf 7 vom Hundert zum 1. Januar 2012 beschlossen wird.
46 Die Mehreinnahmen sollen zur Finanzierung der Erstellung
47 von ca. 2 000 Wohnungen pro Jahr dienen.

48
49 Die SPD hat im September 2011 den Bau von 30 000 Woh-
50 nungen angekündigt. Zur Finanzierung gab es aber nur den
51 Hinweis auf kostengünstige oder kostenlose Überlassung
52 von landeseigenen Grundstücken an die landeseigenen
53 Wohnungsbaugesellschaften. Das ist nicht ausreichend. Die
54 Erhöhung der Grunderwerbsteuer schafft tatsächlich eine
55 Finanzierungsgrundlage.

56
57 Das Grunderwerbsteueraufkommen im Jahr 2010 belief
58 sich auf 393 764 600 € bei einem Prozentsatz von 4,5. Bei
59 einem Vomhundertsatz von 7 würde das Grunderwerb-
60 steueraufkommen bei gleichem Umsatz von Immobilien-
61 verkäufen 612 522 700 € betragen. Das wäre eine Steige-
62 rung um 218 758 100 €. Mit dieser Mehreinnahme könnte

21/I/11

Annahme (K)

21/II/11

Annahme i. d. F. d. AK (K):

Grunderwerbsteuer

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefordert,
darauf hinzuwirken, dass im Abgeordnetenhaus die Erhö-
hung der Grunderwerbsteuer von bisher 4,5 vom Hundert
auf 7 vom Hundert beschlossen wird. Die Mehreinnahmen
sollen zur Finanzierung der Erstellung von ca. 2 000 Woh-
nungen pro Jahr dienen.

Die SPD hat im September 2011 den Bau von 30 000 Woh-
nungen angekündigt. Zur Finanzierung gab es aber nur den
Hinweis auf kostengünstige oder kostenlose Überlassung
von landeseigenen Grundstücken an die landeseigenen
Wohnungsbaugesellschaften. Das ist nicht ausreichend. Die
Erhöhung der Grunderwerbsteuer schafft tatsächlich eine
Finanzierungsgrundlage.

Das Grunderwerbsteueraufkommen im Jahr 2010 belief
sich auf 393 764 600 € bei einem Prozentsatz von 4,5. Bei
einem Vomhundertsatz von 7 würde das Grunderwerb-
steueraufkommen bei gleichem Umsatz von Immobilien-
verkäufen 612 522 700 € betragen. Das wäre eine Steige-
rung um 218 758 100 €. Mit dieser Mehreinnahme könnte

01 man bei geschätzten Baukosten pro Quadratmeter Wohn-
02 fläche von 2 000 € Wohnflächen mit insgesamt 109 379 qm
03 erstellen. Das wären beispielsweise 2 187 Wohnungen à 50
04 qm pro Jahr.

05

06 Im Gegensatz zum Erwerb von anderen Gütern ist der Er-
07 werb von Immobilien von der Umsatzsteuer befreit. Für
08 diese Umsätze gilt das Grunderwerbsteuergesetz. Es gibt
09 keine Notwendigkeit, die Grunderwerbsteuer niedriger zu
10 halten, als die Umsatzsteuer. Auch unter Berücksichtigung
11 eines sozialpolitischen Aspektes ist die Grunderwerbsteuer
12 in gleicher Höhe wie die ermäßigte Umsatzsteuer angemessen.
13 Die ermäßigte Umsatzsteuer beträgt 7 %.

14

15 **Antrag Nr. 22/II/11**

16 **Jusos Berlin**

17 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

18 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

19

20 **Steuerliche Gleichbehandlung von Luft-, Schiffs- und**
21 **Schienenverkehr ermöglichen**

22 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats
23 und die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag werden
24 aufgefordert, sich für die Abschaffung des Ausnahmetatbestands
25 der steuerfreien Verwendung von Energieerzeugnissen in der
26 Binnenschifffahrt sowie von Flugbenzin gemäß §
27 27 des Energiesteuergesetzes einzusetzen.

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

man bei geschätzten Baukosten pro Quadratmeter Wohn-
fläche von 2 000 € Wohnflächen mit insgesamt 109 379 qm
erstellen. Das wären beispielsweise 2 187 Wohnungen à 50
qm pro Jahr.

Im Gegensatz zum Erwerb von anderen Gütern ist der Er-
werb von Immobilien von der Umsatzsteuer befreit. Für
diese Umsätze gilt das Grunderwerbsteuergesetz. Es gibt
keine Notwendigkeit, die Grunderwerbsteuer niedriger zu
halten, als die Umsatzsteuer. Auch unter Berücksichtigung
eines sozialpolitischen Aspektes ist die Grunderwerbsteuer
in gleicher Höhe wie die ermäßigte Umsatzsteuer angemessen.
Die ermäßigte Umsatzsteuer beträgt 7 %.

22/II/11

Annahme (K)

Gleichstellung

Wiedervorlage | Antrag Nr. 27/I/11
(vertagt vom LPT am 13.05.11)

KDV Tempelhof-Schöneberg
ASF LFK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Beteiligung am Gender-Index für Berlin nachhaltig ermöglichen!

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses auf sich dafür einzusetzen, dass der Gender-Index Berlinweit und regional für die Bezirke nachvollziehbar gemacht werden kann. Die Indikatoren zur Messung der Geschlechterdifferenz benötigen eine kommunal differenzierte Datengrundlage, um politisches Handeln gezielt daran ausrichten zu können.

Wiedervorlage | Antrag Nr. 29/I/11
(vertagt vom LPT am 13.05.11)

ASF LFK

Der Landesparteitag möge beschließen:

SPD-Kreise in den Gleichstellungsbericht einbeziehen

Mit dem Ziel, auf allen Ebenen der SPD Berlin eine geschlechtergerechte Teilhabe an den Entscheidungen der Partei sowie eine paritätische Besetzung bei der Vergabe von Mandaten und Funktionen zu erreichen, soll eine Debatte über den 2010 erstmals von der SPD Berlin erstellten Gleichstellungsbericht in den SPD-Kreisen geführt werden. Dazu empfiehlt der LPT den Kreisen, jeweils eine Arbeitsgruppe zur Erstellung eigener Gleichstellungsberichte einzusetzen. Die Gleichstellungsberichte der Kreise sollen dann in die Fortschreibung des Gleichstellungsberichtes der SPD Berlin einfließen. Deshalb sollen möglichst einheitliche Kriterien zu Grunde gelegt werden.

Solche Kriterien sind:

1. Die Arbeitsgruppe setzt sich unter Leitung eines GKV-Mitglieds aus Vertreter/innen des Kreisvorstandes, Vertreterinnen der ASF sowie Vertreter/innen der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger des AGH und der BVV zusammen. Sie soll geschlechtsparitätisch zusammengesetzt sein.
2. Der Gleichstellungsbericht soll Auskunft geben über die Verteilung von Frauen und Männern nach Altersgruppen bei den Mandaten sowie in den Gremien und Gliederungen des jeweiligen SPD Kreises. Er soll auch darstellen, welche Positionen die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger bekleiden (Bezirksamtsmitglieder, BVV-Vorstand, Fraktionsvorsitz, Ausschussvorsitzende usw.). Basis dafür soll jeweils eine Auswertung des Gleichstellungsberichts der Landes-SPD, der SPD-Datenbank sowie eine Befragung der Parteigliederungen sein, die die Arbeitsgruppe vorbereitet und durchführt.
3. Bei der Befragung der Parteigliederungen sollen unter anderem mindestens jeweils der Aktivierungsgrad von Frauen und Männern sowie mögliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt ermittelt werden. Soweit möglich sollen Überlegungen von

27/I/11

Annahme (K)

29/I/11

Annahme i. d. F. d. AK (K):

SPD-Kreise in den Gleichstellungsbericht einbeziehen

Mit dem Ziel, auf allen Ebenen der SPD Berlin eine geschlechtergerechte Teilhabe an den Entscheidungen der Partei sowie eine paritätische Besetzung bei der Vergabe von Mandaten und Funktionen zu erreichen, soll eine Debatte über den 2010 erstmals von der SPD Berlin erstellten Gleichstellungsbericht in den SPD-Kreisen geführt werden. Dazu empfiehlt der LPT den Kreisen, jeweils eine Arbeitsgruppe zur Erstellung eigener Gleichstellungsberichte einzusetzen. Die Gleichstellungsberichte der Kreise sollen dann in die Fortschreibung des Gleichstellungsberichtes der SPD Berlin einfließen. Deshalb sollen möglichst einheitliche Kriterien zu Grunde gelegt werden.

Solche Kriterien sind:

1. Die Arbeitsgruppe setzt sich unter Leitung eines GKV-Mitglieds aus Vertreter/innen des Kreisvorstandes, Vertreterinnen der ASF sowie Vertreter/innen der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger des AGH und der BVV zusammen. Sie soll geschlechtsparitätisch zusammengesetzt sein.
2. Der Gleichstellungsbericht soll Auskunft geben über die Verteilung von Frauen und Männern nach Altersgruppen bei den Mandaten sowie in den Gremien und Gliederungen des jeweiligen SPD Kreises. Er soll auch darstellen, welche Positionen die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger bekleiden (Bezirksamtsmitglieder, BVV-Vorstand, Fraktionsvorsitz, Ausschussvorsitzende usw.). Basis dafür soll jeweils eine Auswertung des Gleichstellungsberichts der Landes-SPD, der SPD-Datenbank sowie eine Befragung der Parteigliederungen sein, die die Arbeitsgruppe vorbereitet und durchführt.
3. Bei der Befragung der Parteigliederungen sollen unter anderem mindestens jeweils der Aktivierungsgrad von Frauen und Männern sowie mögliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt ermittelt werden. Soweit möglich sollen Überlegungen von

01 Vorfeldorganisationen bei der Auswertung berücksich-
02 tigt werden.
03 4. Auf der Basis des Gleichstellungsberichts wird der
04 Kreisvorstand Handlungsempfehlungen für eine mögli-
05 che Änderung von Strukturen und Arbeitsweise des
06 jeweiligen SPD Kreises geben, die für das Erreichen des
07 Ziels sinnvoll sind.
08

09 Die eingerichteten Arbeitsgruppen nehmen ihre Arbeit im
10 Oktober 2011 auf. Das Ergebnis soll im Vorfeld der Partei-
11 wahlen 2012 in den Gliederungen diskutiert und dann in
12 den Gleichstellungsbericht der SPD Berlin eingearbeitet
13 werden.
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Vorfeldorganisationen bei der Auswertung berücksich-
tigt werden.
4. Auf der Basis des Gleichstellungsberichts wird der
Kreisvorstand Handlungsempfehlungen für eine mögli-
che Änderung von Strukturen und Arbeitsweise des
jeweiligen SPD Kreises geben, die für das Erreichen des
Ziels sinnvoll sind.

Die eingerichteten Arbeitsgruppen nehmen ihre Arbeit im
Januar 2012 auf. Das Ergebnis soll im Vorfeld der Partei-
wahlen 2012 in den Gliederungen diskutiert und dann in
den Gleichstellungsbericht der SPD Berlin eingearbeitet
werden.

01 **Gesundheit**

02
03
04
05 **Antrag Nr. 23/II/11**

06 **ASG Berlin**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

08 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

09
10 **Verbesserung des SPD-Konzeptes zur Einführung einer**
11 **Bürgerversicherung in der gesetzlichen Krankenversiche-**
12 **rung**

13 Die SPD hat als einzige Partei ein gangbares Konzept zur
14 Einführung einer Bürgerversicherung in der Krankenversi-
15 cherung entwickelt. Das Konzept kann durch wenige Ände-
16 rungen hinsichtlich Klarheit, Akzeptanz und Gerechtigkeit
17 ganz erheblich verbessert werden.

18
19 Das Bürgerversicherungskonzept ist daher wie folgt zu
20 modifizieren:

- 21
22 1. (durchschnittlicher) Bürgerbeitrag und Arbeitgeberbei-
23 trag sollen die selbe prozentuale Höhe haben,
24
25 2. die bestehende unbürokratische Praxis der Verbeitra-
26 gung aller Einkommen bei freiwillig Versicherten ist
27 beizubehalten und auf alle Mitglieder der Bürgerversi-
28 cherung zu erweitern,
29
30 3. der Arbeitgeberbeitrag ist für alle Arbeitnehmer (ein-
31 schließlich privat Versicherte) zu bezahlen. Die PKV
32 erhält für ihre Versicherten (mit sozialversicherungs-
33 pflichtiger Beschäftigung) den Arbeitgeberanteil aus
34 dem Gesundheitsfonds.

35
36 Die Übertragung der individuellen Altersrückstellungen
37 eines PKV-GKV-Wechslers an den Gesundheitsfonds ist
38 sicherzustellen.

39
40 Darüber hinaus ist in der Umsetzung des Bürgerversiche-
41 rungskonzeptes zu prüfen,

- 42
43 ■ wie möglichst schnell die gesamte Wohnbevölkerung
44 in die Bürgerversicherung aufgenommen werden kann
45 (auch Beamte, Abgeordnete und weitere Gruppen mit
46 Sonderstatus),
47 ■ wie eine individuelle Überforderung von Unternehmen
48 und Selbstständigen in der Umstellungsphase auf den
49 Lohnsummenbeitrag vermieden werden kann.
50 ■ wie eine dauerhafte Finanzierung des dynamisierten
51 Steuerzuschusses sichergestellt werden kann.

23/II/11

Überweisung an BPT-Delegation (K)

01 **Inneres / Recht**

02
03
04
05 **Antrag Nr. 24/II/11**

06 **AG 60plus LDK**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

08
09 **Rauchmelder in Wohnhäusern**

10 Die SPD - Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefordert,
11 eine Gesetzesinitiative zu ergreifen, damit so bald wie
12 möglich in Treppenhäusern von Wohnhäusern Rauchmel-
13 der installiert werden.

14
15 **Antrag Nr. 25/II/11**

16 **AG 60plus LDK**

17 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

18
19 **36 Pflegestützpunkte einrichten**

20 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefordert,
21 beim Senat sofort darauf hinzuwirken, dass die bereits
22 vorgesehene Einrichtung von 36 Pflegestützpunkten umge-
23 setzt wird.

24 Die Pflegestützpunkte sollen gleichmäßig auf die Bezirke
25 und auch innerhalb der Bezirke verteilt sein.

26 Das Personal der Pflegestützpunkte muss so ausgebildet
27 werden, dass eine Trennung der Aufgaben nicht mehr er-
28 folgen kann.

29
30 **Antrag Nr. 26/II/11**

31 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

32 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

33
34 **Extrem demokratisch! Position zur eingeforderten Bestä-**
35 **tigung der Verfassungstreue bei Erhalt von Fördermitteln**
36 **gegen Rechts**

37 Die SPD Berlin, ihre VertreterInnen im Senat von Berlin und
38 die Mitglieder der Abgeordnetenhausfraktion setzen sich
39 ein für Toleranz, Mitbestimmung und Pluralität in der Zivil-
40 gesellschaft und in der Politik. So wie die SPD seit ihrer
41 Gründung 1863. Dies zeichnet sich durch das Engagement
42 gegen menschenfeindliche Einstellungen wie Neonazismus,
43 Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit aus und zielt
44 explizit darauf ab, die Zivilgesellschaft und das demokrati-
45 sche Grundverständnis in der Gesellschaft zu stärken.

46
47 Die SPD Berlin wendet sich gegen Instrumente in Förder-
48 programmen, die demokratisches Engagement schwächen
49 und unter einen Generalverdacht der Verfassungsfeindlich-
50 keit stellen. Deswegen fordert die SPD Berlin, die verpflich-
51 tende „Demokratieerklärung“ aus den Programmen des
52 Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und
53 Jugend zu entfernen. Zu diesem Zweck wird sie mit der
54 SPD-Bundestagsfraktion zusammenarbeiten. Den Senat von
55 Berlin fordert sie auf, dies mit einer Bundesratsinitiative zu
56 unterstützen.

57
58 Die SPD Berlin sieht in dem Politikansatz des
59 Extremismusmodells eine Verharmlosung von demokratie-
60 und menschenfeindlichen Einstellungen in „der Mitte der
61 Gesellschaft“, da durch dieses nahegelegt wird, dass Ras-
62 sismus, Antisemitismus und die Ablehnung von Demokratie

24/II/11

Annahme (K)

25/II/11

Rücküberweisung m. d. B. u. Konkretisierung (K)

26/II/11

Erledigt (K)

01 lediglich in den extremen Rändern des politischen Spekt-
02 rums zu finden sei. Darüber hinaus achtet die Berliner SPD
03 darauf, schriftliche und sprachliche Ausdrucksweisen sowie
04 Argumentationen zu vermeiden, die eine Einteilung politi-
05 scher Strömungen und Akteure in „Extremismen“ nahelegt.
06 Die SPD Berlin thematisiert die falschen Annahmen des
07 Extremismusmodells im Rahmen von Veranstaltungen
08 sowie im Dialog mit den Verantwortlichen für die Ausge-
09 staltung der Bundesprogramme in den zuständigen Bun-
10 desministerien.

11
12 Die SPD Berlin wird keinen Koalitionsvertrag mit der CDU
13 unterzeichnen, der die Anwendung von Teilen oder der
14 gesamten „Demokratieerklärung“ aus den Programmen des
15 Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und
16 Jugend beinhaltet.

17
18 **Antrag Nr. 27/II/11**

19 **KDV Reinickendorf**

20 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

21 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

22
23 **Angemessene Vergütung von Psychologischen Psychothe-**
24 **rapeuten/-tinnen in Ausbildung (PiAs) im Psychotherapeu-**
25 **tengesetz festschreiben**

26 Das Psychotherapeutengesetz zur Psychotherapeutenaus-
27 bildung muss reformiert werden. Im Psychotherapeutenge-
28 setz muss eine angemessene einheitliche Vergütung des
29 Praktischen Teils der dreijährigen Ausbildung einheitlich
30 festgeschrieben werden. Denkbar wäre dabei zum Beispiel
31 eine Orientierung an der „Tarifvertraglichen vereinbarten
32 Vergütung über das Redaktionsvolontariat“. Zudem muss
33 sichergestellt sein, dass der Ausbildungscharakter gewahrt
34 bleibt und keine normalen Planstellen mit Psychotherapeu-
35 ten in Ausbildung (PiAs) besetzt werden.

27/II/11

Überweisung an BT-Fraktion (K)

Annahme (K)

36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

01 **Integrationspolitik**

02
03
04
05 **Antrag Nr. 28/II/11**

06 **KDV Mitte**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

08
09 **Asyl als Chance für gesellschaftliche Teilhabe**

10 1) SPD-Landesvorstand und SPD-Abgeordnetenhaus-
11 Fraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
12 dass für Menschen, die sich in Berlin im Asylverfahren
13 befinden, ein „Programm für schulischen und landes-
14 kulturellen Unterricht, psychologische und medizini-
15 sche Betreuung“ angeboten wird.

16
17 2) Desweiteren werden SPD-Landesvorstand und SPD-
18 Abgeordnetenhaus-Fraktion aufgerufen, sich dafür
19 einzusetzen, dass auf Landesebene die Position ei-
20 ner/eines Asylbeauftragte/n eingerichtet wird (analog
21 der Position des Wehrbeauftragten auf Bundesebene).
22 Der/die Asylbeauftragte ist verantwortlich für die Ini-
23 tiation des „Programms für Bildung und landeskultu-
24 relle Aufklärung, psychologische und präventiv-
25 gesundheitliche Betreuung“ und berichtet Senat und
26 Abgeordnetenhaus regelmäßig über die Umsetzung
27 des Programms sowie über die aktuelle Lebenssituati-
28 on der Bewohner/innen von AsylbewerberInnenwohn-
29 einrichtungen.

30
31 Wesentliche Ziele des Programms für Menschen in Asylver-
32 fahren sollen u. a. sein:

- 33
34 a. Vernetzung zwischen Schule und Wohneinrichtung, um
35 die Erziehungsberechtigten zu entlasten.
36 b. Auf Unklarheiten und Probleme aus dem Schulalltag
37 eingehen und auch in diesem Bereich unterstützend
38 wirken, z.B. in Form von Hausaufgabenbetreuung und
39 Prüfungsvorbereitungen.
40 c. Erstellung eines individuellen Lernkonzeptes, das u.a.
41 mehrsprachiges Lernmaterial beinhaltet, um eine ge-
42 zielte Förderung ergänzend zum schulischen Bildungs-
43 angebot zu gewährleisten.
44 d. Regelmäßiges Sprachtraining mit MuttersprachlerIn-
45 nen (z.B. gemeinsames Lesen und Üben anwendungs-
46 orientierter Dialoge).
47 e. Regelmäßige Lern-Ergebnis-Feststellung ohne negative
48 Folgen für die Betroffenen.
49 f. Aufklärung über das deutsche Schulsystem. Aufzeigen,
50 welche Möglichkeiten, Alternativen und Wege Betrof-
51 fenen offen stehen.
52 g. Kulturelle Teilhabe ermöglichen: Regelmäßige Angebo-
53 te von Ausflügen sollen aus immer gleicher Alltags-
54 und Bezugssituation befreien. Integration kann nur
55 praktisch, nicht formell, im Alltag und mitten in der
56 Gesellschaft stattfinden.
57 h. Die Aushändigung von Zertifikaten für die erfolgreiche
58 Teilhabe an dem Bildungs- bzw. landeskulturellen Ge-
59 meinschaftsprogramm. Die Zertifikate unterstützen die
60 Migranten darin, ihren Willen und die Motivation, sich
61 in der Gesellschaft zu integrieren, zu dokumentieren.
62 i. Angebot einer professionellen psychologisch-

28/II/11

Überweisung an AG Migration (K)

01 therapeutischen Betreuung mit mehrsprachlicher und
02 interkultureller Kompetenz in allen Wohneinrichtun-
03 gen.
04 j. Sicherstellung des Anspruchs auf Hygiene und ärztliche
05 Versorgung, nicht nur bei Notfällen, sondern auch prä-
06 ventiv aufgrund des persönlichen Bedarfsempfindens.
07
08
09
10
11
12
13

14 **Justiz**

15
16
17
18 **Antrag Nr. 29/II/11**

19 **KDV Steglitz-Zehlendorf**

20 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

21
22 **Für ein Grundrecht ohne „Rasse“**

23 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine
24 Änderung des Diskriminierungsverbotes in Artikel 3 Absatz
25 3 Satz 1 Grundgesetz (GG) einzusetzen. Dabei soll der Be-
26 griff „Rasse“ gestrichen und die Regelung wie folgt geän-
27 dert werden:

28 „Niemand darf wegen des Geschlechts, der Abstammung,
29 der Herkunft, der Hautfarbe, der Sprache, der Heimat, oder
30 der religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt
31 oder bevorzugt werden.“
32
33
34
35
36
37
38

39 **Kinder / Familie / Jugend**

40
41
42
43 **Wiedervorlage | Antrag Nr. 20/I/11**

44 **(vertagt vom LPT am 13.05.11)**

45 **KDV Mitte**

46 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

47 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
48

49 **Unterhaltsvorschussgesetz**

50 Das Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern allein-
51 stehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse
52 oder -ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz) wird
53 dahingehend geändert, dass die maximale Bezugsdauer von
54 heute 72 Monaten bis zum 12. Lebensjahr auf zunächst 96
55 Monate bis zum 18. Lebensjahr ausgedehnt wird. Die wei-
56 tere Ausdehnung bis zum Ende der Ausbildung der Kinder
57 wird angestrebt.
58
59
60
61
62

29/II/11

Ablehnung (K)

20/I/11

Annahme (K)

01 **Organisation**

02
03
04
05 **Antrag Nr. 30/II/11**

06 **AGS Berlin**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

08
09 **Die Wahlordnung wird durch einen § 1 * ergänzt, der wie folgt lautet:**

10
11 „Die Wahlordnung gilt auch für Wahlen in der Fraktion der
12 Partei zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordne-
13 tenversammlungen. Ferner findet die Wahlordnung auch
14 auf Nominierungen Anwendung, durch die bloße Personal-
15 vorschläge zur Besetzung von Parteiämtern und zur Aufstel-
16 lung von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche
17 Ämter und Mandate gemacht werden.“

18
19 **Antrag Nr. 31/II/11**

20 **AGS Berlin**

21 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

22
23 **§ 11* des Organisationsstatuts wird durch einen Abs. (4)**
24 **wie folgt ergänzt:**

25 „Sofern Kandidaten beiderlei Geschlechts sich um eine
26 Spitzenfunktion bewerben, sind Frauen bei gleicher Qualifi-
27 kation zu bevorzugen.“

28
29 **Antrag Nr. 32/II/11**

30 **Forum Netzpolitik**

31 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

32
33 **Eigenverantwortliche Initiativen fördern und netzpoliti-**
34 **sche Expertise stärken**

35 Für den SPD Landesverband Berlin ist Subsidiarität, gerade
36 im Rahmen der eigenen Organisationspolitik, ein wichtiges
37 Gut.

38 Eigenverantwortliche und selbstbestimmte Fachgremien —
39 wie sie auch im Rahmen der bundesweiten Organisations-
40 reform
41 gefördert werden — werden ausdrücklich unterstützt und
42 müssen gestärkt werden:

- 43
44 1) Das Forum Netzpolitik des SPD Landesverbands Berlin
45 kann sich eine eigene Satzung, Geschäfts- und Wahl-
46 ordnung im Rahmen des Organisationsstatuts der Ber-
47 liner SPD geben (vgl. OrgStatut § 9 Abs. 1). Insbeson-
48 dere kann das Forum eigene Vertreter/-innen bestim-
49 men, die es im Landesverband und gegenüber der Öff-
50 fentlichkeit vertreten.
- 51 2) Die direkte Leitung des Forums durch ein Mitglied des
52 Landesvorstands entfällt und wird somit der üblichen
53 eigenverantwortlichen Leitungspraxis von vergleichba-
54 ren Arbeitskreisen und Fachgremien auf Landesebene
55 angeglichen.
- 56 3) Der Landesvorstand wird beauftragt zum 1. Januar
57 2012 im Sinne von OrgStatut § 23 Abs. 6 eine Vertrete-
58 rin oder einen Vertreter des Forums Netzpolitik mit
59 beratender Stimme zu seinen Sitzungen dauerhaft hin-
60 zuziehen, um seine Expertise im Themenfeld Internet
61 und digitale Gesellschaft zu stärken sowie Vernetzung
62 mit der netzpolitischen Community zu intensivieren.

30/II/11

Ablehnung (K)

31/II/11

Ablehnung (K)

32/II/11

Ablehnung (K)

01 Der/die Vertreter/-in wird durch das Forum Netzpolitik
02 bestimmt.
03 4) Das Rederecht auf Landesparteitagen (vgl. Landesvor-
04 standsbeschluss vom 17. Januar 2011) nimmt, ange-
05 lehnt an OrgStatut § 15 Abs. 3, der geschäftsführende
06 Landesvorstand des Forums Netzpolitik war.

07
08 **Antrag Nr. 33/II/11**

09 **Abt. 4 | Spandau**

10 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

11
12 **Änderungen an der Geschlechterquote nur per Mitglie-
13 derentscheid**

14 Der Landesvorstand der Berliner SPD wird aufgefordert,
15 den von ihm in einer seiner Sitzungen nur als Tischvorlage
16 eingebrachten Antrag für den Bundesparteitag der SPD im
17 Dezember 2012 zur Einführung einer 50-Prozent-Quote für
18 beide Geschlechter bei der Besetzung von Ämtern und bei
19 der Nominierung für öffentliche Mandate zurückzuziehen
20 und stattdessen einen bundesweiten Mitgliederentscheid
21 zur Klärung dieser gravierenden Änderung des Organisati-
22 onsstatuts zu initiieren und durchzusetzen. Bei diesem
23 Mitgliederentscheid sind alternative Quotenregelungen –
24 von der Orientierung an der tatsächlichen Verteilung der
25 Geschlechter in der Mitgliedschaft bis zur Festlegung fester
26 prozentualer Quoten – zur Auswahl zu stellen.

27
28 **Antrag Nr. 34/II/11**

29 **Jusos Berlin**

30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

31 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

32
33 **Die Sozialistische Internationale zur globalen Vorkämpfe-
34 rin machen!**

35
36 **Die Sozialistische Internationale aus dem Tiefschlaf auf-
37 wecken**

38 Ein vergleichbares so weitgespanntes nichtstaatliches
39 Bündnis wie die Sozialistische Internationale (SI) lässt sich
40 auf der Welt nicht finden. Doch wie trat sie dem neoliberalen
41 Trend der letzten Jahrzehnte entgegen? Wo trat sie als
42 eine Stimme in den Finanz- und Wirtschaftskrisen auf –
43 zum Beispiel für eine Finanztransaktionssteuer? Welche
44 Rolle spielt sie im Einsatz für den Frieden und den Kampf
45 für Demokratie? Eine sozialistische Stimme wird weltweit
46 gebraucht – sie ist aber schon seit einiger Zeit verstummt.
47 Sie muss dringend erweckt werden, aber dazu sind einige
48 Veränderungen nötig: Zum Beispiel lief die Demokratiebe-
49 wegung schon längst, als die Nationaldemokratische Partei
50 Ägyptens (NDP), die Hosni Mubarak stützte, oder die tune-
51 sische Rassemblement constitutionnel démocratique (RCD)
52 mit Zine el-Abidine Ben Ali ausgeschlossen wurde. Die Front
53 Populaire Ivoirien (FPI) ist bisher erst suspendiert.

54
55 **Die Debatten und den Aufbau eines Jahrhunderts nutzen**

56 Die Wurzeln der Sozialistischen Internationale gehen bis
57 weit in das 19. Jahrhundert zurück, als ArbeiterInnenorga-
58 nisationen begannen, auf internationaler Ebene zusammen
59 zu arbeiten, um Ungerechtigkeiten im sich ausbreitenden
60 Kapitalismus zu bekämpfen. Die Erste Internationale, wel-
61 che 1864 gegründet und maßgeblich von Karl Marx geprägt
62 wurde, zerbrach schon 1872, im Streit über die zukünftige

33/II/11

Ablehnung (K)

34/II/11

**Überweisung an FA I - Internationale Politik, Frieden und
Entwicklung mit Berichtspflicht (K)**

01 Ausrichtung. Sollten ArbeiterInnen auch in Parlamenten für
02 ihre Rechte eintreten und sich somit quasi dem System
03 anpassen, oder sollte die ArbeiterInnenbewegung sich dem
04 System quasi verweigern und autonom bleiben.

05 1889 dann wurde die Zweite Internationale gegründet,
06 welche als Vorläufer der Sozialistischen Internationale gilt.
07 VertreterInnen aus Parteien und Gewerkschaften setzten
08 sich gegen Imperialismus, den immer stärker werden Nati-
09 onalismus und die zunehmende Aufrüstung in Europa ein.
10 Die SAP, Vorläuferpartei der SPD, stellte mit 85 von 400
11 Delegierten, die größte Gruppe und trug damit eine beson-
12 dere Verantwortung.

13 Die Festlegung des 1. Mai als „ArbeiterInnenkampftag“ und
14 dem 8. März als „Weltfrauentag“ ist bis heute gültig. Im
15 Zuge der Nationalismuswelle des Ersten Weltkrieges und
16 der Oktoberrevolution zerbrach die Zweite Internationale
17 und erst 1951 gelang es, die Sozialistische Internationale zu
18 gründen.

19 Der Erhalt des Bündnisses war nie wirklich gesichert. Sie
20 war massiven Richtungsdebatten und konkurrierenden
21 Projekten (wie der Kommunistischen Internationale) ausge-
22 setzt. Es ist aber immerhin gelungen, dass sich heute ca.
23 160 Organisationen, die in zahlreichen Regierungen vertre-
24 ten sind, unter einem Dach versammelt haben. Statt diese
25 Plattform aufzugeben – wie aus Teilen der SPD gefordert –,
26 sollte sie genutzt werden. Die Geschichte mahnt, wie
27 schwer es ist, eine weltweite Fragmentierung zu überwin-
28 den.

29

30 ***Den Demokratischen Sozialismus als Ziel aktiv stärken***

31 Zu Beginn der Sozialistischen Internationalen war es Ziel
32 der Mitglieder, sich für soziale Gerechtigkeit, Menschen-
33 würde und Demokratie einzusetzen. Zusammengebracht
34 wurden verschiedene Parteien und Organisationen, die alle
35 ein gemeinsames Ziel verfolgten: den Demokratischen
36 Sozialismus.

37 Bis heute ist das Ziel der Sozialistischen Internationale, den
38 Demokratischen Sozialismus zu erreichen, was sich in den
39 Idealen Freiheit, Gleichheit und Solidarität widerspiegelt.
40 Der wohl größte Erfolg der SI waren die Umstürze in Grie-
41 chenland sowie in Portugal und Spanien, wo die SI maßgeb-
42 lich beim Übergang von faschistischen Diktaturen in Demo-
43 kratien beteiligt war. Sie unterstützte sozialistische Parteien
44 über internationale Kooperationen vor allem in ihrer Auf-
45 bauphase und trug damit zum Erfolg bei. An dieses Macht-
46 potenzial sollte sie anknüpfen. Auch heute gilt es im Auge
47 zu behalten, wo sich Chancen eröffnen, um sozialistische
48 Kräfte zu stärken.

49 Unter Willy Brandt als Präsident, dem die SPD noch heute
50 verpflichtet sein sollte, wandelte sich die SI von einer euro-
51 zentrischen zu einer globalen Organisation, die die interna-
52 tionale Solidarität im Auge auf allen Kontinenten behalten
53 möchte. So finden sich sowohl israelische Parteien als auch
54 die palästinensische Fatah in ihren Reihen.

55 Es bleibt jedoch zu betonen, dass die SI in den letzten Jahr-
56 zehnten massiv an Einfluss verloren hat. Die Gründe dafür
57 sind weitgehend, sowohl der neoliberale Mainstream, dem
58 sich viele sozialdemokratische Parteien, vor allem in Euro-
59 pa, nicht verwehrt und sogar aktiv mitgestalteten, sowie
60 die Unbeweglichkeit der SI in strukturellen Fragen.

61 Wir fordern deshalb einen tief greifenden Wandel innerhalb
62 der SI, um sich wieder stark inhaltlich positionieren und

01 weltweit aktiv für ihre Ideen eintreten zu können. Dabei
02 bilden Sozialismus und Internationalismus eine untrennbare
03 Einheit.

04

05 ***Weltweite Vernetzung braucht lebendige Strukturen***

06 Wir fordern, dass das Präsidium in Zukunft nicht mehr von
07 Parteivorsitzenden einiger Mitglieder besetzt wird, sondern
08 von Personen, die kein leitendes Amt in ihrer Partei oder in
09 der Regierung inne haben. Diese werden vom alle drei Jahre
10 zusammentretenden Kongress gewählt. Sie können nur
11 einmal wieder gewählt werden. Wir versprechen uns davon
12 eine verstärkte Unabhängigkeit des Präsidiums vom politi-
13 schen Tagesgeschäft, sowie eine Verbesserung der Arbeit –
14 durch die komplette Fokussierung auf die Arbeit der SI. So
15 kann sich die SI schneller zu aktuellen Themen positionie-
16 ren und einen gemeinsamen Konsens finden. Des Weiteren
17 werden Interessenkonflikte der Präsidiumsmitglieder ver-
18 mieden. Das Präsidium muss quotiert sein, was zu einer
19 Stärkung der internationalen Frauenbewegung nicht nur
20 institutionell führt. Erst wieder die regelmäßige und aktive
21 Gremienarbeit ermöglicht es, dass die Positionen über die
22 einzelnen Mitgliedsorganisationen eine globale Öffentlich-
23 keit erreicht.

24

25 ***Nur mit einem starken Jugendverband kann es in die Zu- 26 kunft gehen***

27 Wir fordern, dass die International Union of Socialist Youth
28 (IUSY) als Jugendorganisation der SI anerkannt wird. Da-
29 durch wird eine stärkere Einbindung der Jugend gefördert.
30 Die formale Kooptierung des/der PräsidentIn in das Präsi-
31 dium reicht nicht aus. Wir wollen ein aktives Mitsprache- und
32 Stimmrecht für die IUSY in den einzelnen Kommissionen
33 und Gremien – so wie es die Socialist International Women
34 (SIW) schon erreicht haben.

35

36 ***Partizipative Foren sind gefragt***

37 Es müssen Foren für inhaltliche Diskussion geschaffen wer-
38 den. Die bisherigen regionalen und thematischen Komitees
39 reichen nicht. In diesen Foren soll und muss über die Zu-
40 kunft der sozialistischen Idee diskutiert werden, es muss
41 also Raum geschaffen werden, in denen auf einer breiten
42 Basis Visionen für die Zukunft skizziert werden können.
43 Hierbei muss auch der Kontakt zu Nicht-Mitgliedern gesucht
44 werden. NGOs müssen in Zukunft stärker partizipieren
45 können, was sich für die SI nur positiv auswirken kann. Der
46 Schritt würde den neuen Formen der globalen Vernetzung
47 Rechnung tragen.

48

49 ***Unsere Grundwerte sind nicht verhandelbar***

50 Wir fordern eine Kommission welche jede Mitgliedsorgani-
51 sation alle drei Jahre überprüft.

52 Es wird überprüft, ob die Partei inhaltlich immer noch den
53 Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Solidarität folgt und
54 sich dabei für Demokratie, Menschenrechte und den welt-
55 weiten Frieden einsetzt. Die Kommission besteht aus unab-
56 hängigen Beobachtern, wobei auf die Ausgewogenheit, bei
57 Nationalität, Geschlecht und Alter geachtet wird. Die Kom-
58 mission erstellt am Ende ihrer Untersuchungen einen Be-
59 richt, der dann dem Kongress vorgelegt wird. Mitglieder die
60 gegen fundamentale Grundwerte verstoßen haben, haben
61 daraufhin das Recht, sich vor dem Kongress zu rechtferti-
62 gen. Der Kongress entscheidet dann über einen Ausschluss

01 des Mitglieds. Bei dringenden Fällen muss ein demokrati-
02 sches Urgent-Action-Verfahren etabliert werden.
03 Andererseits sollte sich die SI immer wieder fragen, welche
04 Organisationen dem sozialistischen Verständnis folgen und
05 damit potenziell ein Teil der SI werden könnten. Die SI darf
06 keinesfalls zu einem starren elitären Zirkel verkommen.

07

08 ***Nicht nur Fordern – die SPD ist selbst in der Pflicht***

09 Diese ersten Schritte können die Aktivitäten der SI erst
10 einmal nur wieder anschieben. Im folgenden Prozess müs-
11 sen entsprechend unserer Grundwerte Möglichkeiten be-
12 stehen, weiter kritisch zu prüfen. Weitere Veränderungen
13 für eine bessere Partizipation oder auch Finanzierung müs-
14 sen diskutiert werden. Die SI darf nicht zum Symbol ver-
15 kommen, das hin und wieder zur Selbstversicherung des
16 eigenen Internationalismus herausgeholt wird, sondern
17 muss ein Raum für globale Teilhabe sein. Wir erteilen damit
18 den Überlegungen der SPD, aus der SI ohne jegliches Nach-
19 folgekonzept auszutreten, eine klare Absage. Dies wäre das
20 absolut falsche Signal. Vielmehr sollte sie sich für die ge-
21 nannten Schritte einsetzen und damit für eine demokra-
22 tisch gestärkte SI eintreten. Ein arroganter Überlegenheits-
23 gestus der SPD schadet hingegen der internationalistischen
24 Arbeit. Wir sollten stattdessen Diskussionen aus dem Kreis
25 der Mitgliederorganisationen aufnehmen und Denkanstöße
26 in die SI hineintragen.

27

28 ***Die Sozialistische Internationale bleibt uneingeschränkt***
29 ***notwendig***

30 Wir sind der festen Überzeugung, dass ein internationaler
31 Zusammenschluss sozialdemokratischer und sozialistischer
32 Parteien und Organisationen von unabdingbarer Notwen-
33 digkeit in einer globalisierten Welt ist. Von Jahr zu Jahr wird
34 der Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass globale Probleme
35 nur auf dieser Ebene angegangen werden können. Nur über
36 Organisationen wie der SI kann eine Deutungshoheit ge-
37 genüber dem kapitalistisch orientierten Mainstream erlangt
38 werden. Wellen von demokratischer und sozialistischer
39 Politik können so die möglicherweise entscheidenden Im-
40 pulse erhalten.

41

42 **Antrag Nr. 35/II/11**

43 **KDV Lichtenberg**

44 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

45

46 **Änderungsantrag zum Leitantrag Bildung und Integration:**
47 **„Für soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben -**
48 **Gleiche Bildungschancen als Voraussetzung für erfolgrei-**
49 **che Integration“**

50 Kapitel Starke Bildungsinfrastruktur durch mehr Bildungsin-
51 vestitionen – verstärkte Zusammenarbeit von Bund, Län-
52 dern und Kommunen; 4. Absatz („Wir wollen das beste-
53 hende Kooperationsverbot [...]“)

54

55 *nach*

56 „ [...] von Ländern nur einstimmig beschlossen werden
57 können.“

58 *einfügen*

59 Voraussetzung dabei ist, dass alle Länder gleich behandelt
60 werden – unabhängig von den jeweiligen Schulstrukturen.

61

62

35/II/11

Überweisung an BPT-Delegation (K)

01 **Antrag Nr. 36/II/11**
02 **KDV Lichtenberg**
03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
04
05 **Änderungsantrag zum satzungsändernden Antrag des**
06 **SPD-Parteivorstands zur Finanzordnung**
07 § 1 Absatz 1 Finanzordnung
08
09 *nach*
10 „Jedes Mitglied [...] wählt eine Beitragsstufe.“
11
12 *einfügen*
13 Bei der Berechnung des Einkommens kann das Parteimit-
14 glied sich an Folgendem orientieren:
15 Für Arbeitnehmer das monatliche Nettogehalt abzüglich:
16 Regelmäßige Werbungskosten über 85,00 € im Monat,
17 eines Freibetrages von 300,00 Euro pro Kind bzw. anderer
18 unterhaltsberechtigter Personen sowie selbst zu tragenden
19 Beiträgen zur Basisversorgung der Kranken- und Renten-
20 versicherung.
21 Für verheiratete Alleinverdiener verdoppeln sich die Freibe-
22 träge.
23 Für Selbstständige und Andere: 1/12 des zu versteuernden
24 Einkommens des Mitglieds laut Steuerbescheid des Finanz-
25 amts abzüglich 1/12 der jährlichen Steuerbelastung.
26 Auch Arbeitnehmer können dieses Einkommen wahlweise
27 zugrunde legen.
28
29 **Antrag Nr. 37/II/11**
30 **KDV Lichtenberg**
31 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
32
33 **Änderungsantrag zum satzungsändernden Antrag des**
34 **SPD-Parteivorstands zum Organisationsstatut**
35 § 10 Absatz 2 Organisationsstatut
36
37 *nach*
38 „[...] Parteivorstand hierfür beschlossenen Grundsätzen.“
39
40 *einfügen*
41 Arbeitsgemeinschaften und Themenforen entscheiden
42 autonom, welche Rechte sie den Unterstützer/innen in
43 ihren Reihen geben wollen. Das passive Wahlrecht erhalten
44 weiterhin nur Parteimitglieder.
45
46 **Antrag Nr. 38/II/11**
47 **KDV Lichtenberg**
48 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
49
50 **Änderungsantrag zum Leitantrag „Partei in Bewegung“**
51 Kapitel Menschen vernetzen; 4. Absatz („Wir werden die
52 Möglichkeiten [...] „)
53
54 *nach*
55 „[...] um Bestandteil der Beratung auf Parteitagen gehö-
56 ren.“
57
58 *einfügen*
59 Wir richten ein Online-Nachverfolgungssystem für Anträge
60 ein, damit der Geschäftsgang von Anträgen für die Initia-
61 tor/innen jederzeit nachvollziehbar ist
62

36/II/11
Ablehnung (K)

37/II/11
Überweisung an BPT-Delegation (K)

38/II/11
Überweisung an BPT-Delegation (K)

01 **Antrag Nr. 39/II/11**
02 **KDV Lichtenberg**
03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
04
05 **Änderungsantrag zum Leitantrag Bildung und Integration:**
06 **„Für soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben -**
07 **Gleiche Bildungschancen als Voraussetzung für erfolgrei-**
08 **che Integration“**
09 Kapitel Gleiche Teilhabechancen für alle Kinder – Inklusiv
10 Bildung als zentrale Herausforderung; 5. Absatz („Wir wis-
11 sen, dass die Weiterentwicklung [...]“)
12
13 *nach*
14 „ [...] schrittweise mit ausreichend Zeit umsetzen.“
15
16 *einfügen*
17 Dabei wird frühzeitig bedacht, dass sich die Ausbildung zur
18 Lehrkraft den neuen Ansprüchen anpassen muss. Soziale
19 Themen müssen neben fachlichen Themen in der Lehr-
20 amtsausbildung zukünftig stärker berücksichtigt werden.
21
22 **Antrag Nr. 40/II/11**
23 **KDV Lichtenberg**
24 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
25
26 **Änderungsantrag zum Leitantrag „Partei in Bewegung“**
27 Kapitel Partei für Unterstützer/innen öffnen; 5. Absatz
28 („Wir wissen: Viele Bürgerinnen [...] „)
29
30 *Ersetze*
31 „Ein/e Unterstützer/in erhält in einer Arbeitsgemeinschaft
32 oder einem Themenforum der SPD – wie bereits heute bei
33 den Jusos – die vollen Mitgliedsrechte. Bei der Berechnung
34 von Delegiertenmandaten in der Arbeitsgemeinschaft wer-
35 den sie zukünftig mit berücksichtigt.“
36
37 *durch*
38 Arbeitsgemeinschaften und Themenforen entscheiden
39 autonom, welche Rechte sie den Unterstützer/innen in
40 ihren Reihen geben wollen. Das passive Wahlrecht erhalten
41 weiterhin nur Parteimitglieder.
42
43 **Antrag Nr. 41/II/11**
44 **KDV Lichtenberg**
45 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
46
47 **Änderungsantrag zum Leitantrag Bildung und Integration:**
48 **„Für soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben -**
49 **Gleiche Bildungschancen als Voraussetzung für erfolgreiche**
50 **Integration“**
51 Kapitel Frühkindliche Bildung stärken – Fachkräfteoffensive
52 für Erzieherinnen und Erzieher starten
53 4. Absatz („Der Rechtsanspruch auf Bildung für Kinder [...]“)
54
55 *nach*
56 „ [...]Rechtsanspruch auf Bildung zu einem Ganztagsan-
57 spruch erweitert wird.“
58 *einfügen*
59 Eine bedarfsgerechte Förderung erfordert nicht nur ausrei-
60 chend pädagogisches Fachpersonal. Wenn wir die frühkind-
61 liche Bildung stärken wollen, brauchen wir weitere Verbes-
62 serungen beim Betreuungsschlüssel.

39/II/11
Überweisung an BPT-Delegation (K)

40/II/11
Überweisung an BPT-Delegation (K)

41/II/11
Überweisung an BPT-Delegation (K)

01 **Antrag Nr. 42/II/11**
02 **KDV Lichtenberg**
03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
04
05 **Änderungsantrag zum Leitantrag „Partei in Bewegung“**
06 Kapitel Unterbezirke übernehmen neue Verantwortung; 3.
07 Absatz („Kann ein Ortsverein auf Dauer [...] „)
08
09 *nach*
10 „ [...]wie leistungsfähig die Ortsvereine sind.“
11
12 *einfügen*
13 Über die Zusammenlegung von Ortsvereinen entscheiden
14 diese selbst.
15
16 **Antrag Nr. 43/II/11**
17 **ASG Berlin**
18 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
19 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
20
21 **Parteireform (1)**
22 Das Organisationsstatut wird im § 15 – Parteitag, Zusam-
23 mensetzung – in der Fassung des Antrages des Parteivor-
24 standes dahin geändert, dass im Abs. 6 heißen soll:
25 „jeweils drei Delegierter/e der Arbeitsgemeinschaften und
26 ein/e Delegierter/e der Themenforen und Arbeitskreise auf
27 Bundesebene.“
28
29 **Antrag Nr. 44/II/11**
30 **ASG Berlin**
31 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
32 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
33
34 **Parteireform (2)**
35 Den Landesverbänden und Unterbezirken wird empfohlen
36 zur Umsetzung der Parteireform und zur Sicherung eines
37 ständigen strukturierten Erfahrungsaustausches eine Orga-
38 nisationskommission einzusetzen, die regelmäßig den je-
39 weiligen Parteigremien berichtet und dieses ins Internet
40 einstellt.
41
42 **Antrag Nr. 45/II/11**
43 **Abt. 15 | Mitte**
44 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
45 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
46
47 **Zustimmungsquorum beim Mitgliederentscheid statt**
48 **Beteiligungsquorum**
49 Der Leitantrag auf Seite 6, Zeilen 42-45 wird geändert und
50 erhält folgende Fassung: (geänderte Passage fett gedruckt)
51
52 „Wir senken das Quorum für einen erfolgreichen Mitglie-
53 derentscheid. Der Entscheid ist wirksam, wenn die Mehr-
54 heit der Abstimmenden **und mindestens ein Fünftel der**
55 **Stimmberechtigten zugestimmt hat.** Zukünftig ist bei ei-
56 nem Mitgliederentscheid auch eine Briefwahl möglich.“
57
58
59
60
61
62

42/II/11
Überweisung an BPT-Delegation (K)

43/II/11
Überweisung an BPT-Delegation (K)

44/II/11
Überweisung an BPT-Delegation (K)

45/II/11
Überweisung an BPT-Delegation (K)

01 **Antrag Nr. 46/II/11**
02 **Abt. 8 | Tempelhof-Schöneberg**
03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
04 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
05
06 **Antrag zum Leitantrag „Partei in Bewegung. Organisati-**
07 **onspolitisches Grundsatzprogramm der SPD“**
08 Nach dem Abschnitt *Unsere Politik ist mitten im Leben* auf
09 Seite 10 des Leitantrags „Partei in Bewegung“ wird folgen-
10 der Abschnitt eingefügt:
11 „Unsere Politik ist soziale Politik
12 Erfolgreiche Politik muss eine Politik des sozialen Ausgleichs
13 und der sozialen Gerechtigkeit sein. Sie muss die Sorgen
14 und Nöte der Menschen im Blick haben. Die Arbeiterwohl-
15 fahrt (AWO) ist für die SPD eine wichtige Partnerorganisati-
16 on, um soziale Kompetenzen zu erhalten und auszubauen.
17 Deshalb wollen wir die AWO stärken und unterstützen. Die
18 Praktiker/Praktikerinnen und Aktiven der AWO sollen auf
19 allen Ebenen der Partei mehr mitreden können. Die AWO
20 erhält daher Rede- und Antragsrecht auf den Parteitag
21 der SPD.“
22
23
24
25
26
27
28
29
30

31 **Stadtentwicklung**

32
33
34
35 **Wiedervorlage | Antrag Nr. 31/I/11**
36 **(vertagt vom LPT am 13.05.11)**
37 **KDV Mitte**
38 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
39
40 **Beuth-Hochschule am Standort Wedding erhalten und**
41 **stärken**
42 Die SPD-Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhaus
43 es von Berlin werden aufgefordert,
44 1. Die Beuth-Hochschule am Standort Wedding zu erhal-
45 ten und von einem Umzug an den ehemaligen Flughafen
46 Tegel abzusehen.
47 2. Die Beuth-Hochschule mitteilen ihrer Verwaltung im
48 Rathausurm an der Müllerstraße 146 anzusiedeln und
49 dazu dieses Gebäude ins SILB zu überführen.
50
51 Darüber hinaus ist zu prüfen, inwiefern durch Abriss des
52 Parkhauses und Neubau in der Luxemburger Straße die
53 darüber hinaus bestehenden Flächenbedarfe der Hoch-
54 schule zu decken.
55
56
57
58
59
60
61
62

46/II/11
Überweisung an BPT-Delegation (K)

31/I/11
Erledigt (K)

01 **Verkehr**

02
03
04
05 **Wiedervorlage | Antrag Nr. 32/I/11**

06 **(vertagt vom LPT am 13.05.11)**

07 **Abt 11 | Spandau**

08 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

09
10 **Flughafen Berlin – Brandenburg**

11 Der Flughafen Berlin – Brandenburg ist ein für die Region
12 wichtiges Infrastrukturprojekt. Die Hauptstadtregion ohne
13 einen Flughafen ist nicht vorstellbar. Es gehört zur Wahr-
14 heit dazu, dass es die SPD war, die sich vor 1996 für
15 Sperenberg und nicht für Schönefeld eingesetzt hat. Nach
16 dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts für den Bau des
17 Flughafens Schönefeld ist dieser Standort aber Realität.

18
19 Die Proteste und die Verärgerung vieler Menschen bei der
20 Diskussion zur Festlegung der Abflugverfahren am Flugha-
21 fen Berlin – Brandenburg sind berechtigt. Die Bürgerinnen
22 und Bürger verlangen zu Recht lärmvermeidende Flugrou-
23 ten rund um den BBI, von Köpenick bis Spandau – Kladow.

24
25 Das Verfahren zur Festlegung der Flugrouten muss klaren
26 Prioritäten folgen: An erster Stelle steht die Flugsicherheit,
27 danach die Lärmvermeidung (inkl. des Nachtflugverbots)
28 und an dritter Stelle die Wirtschaftlichkeit. Dies gilt sowohl
29 für die Fluggesellschaften als auch für den Flughafenbetrei-
30 ber und für die Deutsche Flugsicherung. Der Schutz der
31 Bürgerinnen und Bürger vor Lärm muss höher gestellt sein
32 als die Wirtschaftsinteressen aller Beteiligten.

33
34 Dabei müssen mehrere Prämissen Beachtung finden:

35
36 **Flugsicherheit**

37 Einen vollständigen und umfassenden Schutz gibt es nicht,
38 jedoch trägt die Verringerung des Überflugs von größeren
39 Wohnsiedlungen zu einer Risikominderung bei.

40
41 **Lärmvermeidung**

42 Die grundsätzliche Entscheidung muss darin liegen, eine
43 geringstmögliche Belastung für die Bevölkerung in der
44 betroffenen Region zu erreichen. Dort wo Menschen belas-
45 tet werden, muss durch aktiven und passiven Lärmschutz
46 und Entschädigungen abgeholfen werden.

47
48 **Nachtflugverbot**

49 Wir fordern ein generelles Nachtflugverbot von 22.00 Uhr
50 bis 6.00 Uhr. Es darf keine Aufweichung der Regelungen bei
51 den Nachtflügen nach § 29 b Luftverkehrsgesetz (LuftVG)
52 geben, wie sie von der Bundesregierung aus CDU/CSU und
53 FDP laut Koalitionsvertrag geplant sind. Die gerichtliche
54 Überprüfbarkeit des Routenvorschlags auf die Frage nach
55 der Unzumutbarkeit des Fluglärms nach § 29b Abs. 2
56 LuftVG ist zu gewährleisten.

57
58 **Wirtschaftlichkeit**

59 Es sind nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der Flugge-
60 sellschaften zu betrachten. Die wirtschaftlichen Interessen
61 der Bürgerinnen und Bürger und deren Interesse an einer
62 möglichst geringen Belastung mit Fluglärm müssen demge-

32/I/11

Ablehnung (K)

01 gegenüber höher bewertet werden. Auf den unabhängigen
02 Parallelstart ist zu verzichten.
03
04 Wir fordern den Berliner Senat und die in der Fluglärm-
05 kommission vertretenen Berliner Bezirke auf, auf der
06 Grundlage der in diesem Papier formulierten Forderungen
07 die Arbeit der Fluglärmkommission bei der Erarbeitung der
08 Routenvorschläge für Starts und Landungen zu unterstüt-
09 zen, ggf. unter Einbeziehung des Betriebskonzepts des
10 Flughafens.
11
12 Um die nicht kalkulierbaren Folgen des sogenannten direct-
13 routing für die Bevölkerung zu vermeiden, ist eine Abwei-
14 chung von den Flugrouten erst in 40 km Entfernung und
15 einer Höhe von mindestens 10 000 bis 12 000 Fuß zulässig.
16
17 Für möglicherweise später notwendige Änderungen der
18 Flugrouten ist durch öffentliche Erklärung der drei Flugha-
19 feneigentümer ein Verfahren zuzusagen, das den Betroffen-
20 en ein mitentscheidendes Recht einräumt.
21
22 Aufgabe der Berliner SPD ist es, für Rahmenbedingungen
23 einzutreten, die den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern
24 in Berlin helfen. Uns ist bewusst, dass es am Ende jedoch
25 eine Lösung geben muss, die für Berlin und Brandenburg
26 akzeptabel ist. Dazu braucht es den Dialog.
27
28 **Wiedervorlage | Antrag Nr. 33/I/11**
29 **(vertagt vom LPT am 13.05.11)**
30 **Abt 09 | Steglitz-Zehlendorf**
31 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
32
33 **Projekt „führerlose U-Bahn“**
34 Der Senat wird aufgefordert, gegenüber der BVG darauf
35 hinzuwirken, das Projekt „führerlose U-Bahn“ einzustellen.
36
37 **Wiedervorlage | Antrag Nr. 34/I/11**
38 **(vertagt vom LPT am 13.05.11)**
39 **KDV Pankow**
40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
41
42 **Neuordnung der schienengebundenen Infrastruktur**
43 Dem Senat von Berlin wird empfohlen, sich auf Bundesebe-
44 ne für die Neuordnung der schienengebundenen Infrastruk-
45 tur mit der Zielstellung einzusetzen, dass regionale und
46 lokale Eisenbahninfrastruktur in das Eigentum und die
47 Verantwortung der Länder bzw. Regionen oder von Ihnen
48 gebildete Institutionen übergehen, um Zuständigkeiten und
49 Entscheidungen über Instandhaltung, Planung, Sicherung
50 und Erweiterung der schienengebundener Infrastrukturen
51 auf dieser Ebene und damit bei den Bestellern des SPNV
52 anzusiedeln.
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

33/I/11
Erledigt (K)

34/I/11
Annahme (K)

01 **Wiedervorlage | Antrag Nr. 35/I/11**

02 **(vertagt vom LPT am 13.05.11)**

03 **FA Mobilität**

04 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

05 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

06

07 **Deutschland braucht dringend eine Korrektur der „Bahn-**
08 **Reform“ von 1993**

09 Das aktuelle S-Bahn-Chaos in Berlin, die Dauerkrise im ICE-
10 Verkehr, die Einstellung des Interregio-Verkehrs, der Nie-
11 dergang des grenzüberschreitenden Eisenbahnpersonen-
12 fernverkehrs und die schlechteren Service- und Verkehrs-
13 Leistungen zeigen, dass die Bahnreform von 1993 in der
14 derzeitigen Form unzureichend ist. Sie hat dem System
15 „Eisenbahn“ in Deutschland nicht den gewünschten Auf-
16 schwung gebracht. Aus diesem Grunde werden die SPD-
17 Mitglieder der Länderverkehrsministerkonferenz sowie die
18 SPD-Bundestagsabgeordneten aufgefordert, in einer Initia-
19 tive für die notwendige Kurskorrektur und Ergänzung der
20 „Bahn-Reform“ einzutreten:

21

22 Folgende sieben Eckpunkte sind in einer neuen „Bahnre-
23 form II“ gesetzlich zu verankern:

24

- 25 1. Die Infrastrukturbereiche der Eisenbahnen des Bundes
26 sind ausschließlich auf das Gemeinwohl und die Da-
27 seinsvorsorge zu orientieren. Der Erhalt, der Ausbau
28 und die Unterhaltung der gesamten Infrastruktur ist im
29 besten Zustand auf modernsten technischem Niveau
30 (einschließlich Sicherheitsstandards) als Aufgabe der
31 Deutschen Bahn nach Grundsätzen und Einzelweisun-
32 gen des Bundes gesetzlich zu fixieren. Gewinne aus der
33 Infrastruktur müssen vollständig in die Infrastruktur
34 reinvestiert werden. Dazu ist der Gewinnabführungs-
35 und Beherrschungsvertrag zwischen den Infrastruktur-
36 bereichen und dem Gesamt-Konzern der Deutschen
37 Bahn aufzulösen. Entsprechende Unternehmensgrund-
38 sätze sind gesetzlich zu regeln.
- 39 2. Planungen für einen Börsengang der Deutschen Bahn
40 (mit Ausnahme der Logistik-Sparte) sind endgültig auf-
41 zugeben. Der Bund muss seine in Artikel 87e des
42 Grundgesetzes enthaltene Gemeinwohlverpflichtung
43 für den Eisenbahnfernverkehr nachhaltig wahrneh-
44 men. Das hierzu vorgeschriebene Bundesgesetz wird
45 umgehend entwickelt und umgesetzt. Der Bund erar-
46 beitet dabei unter Beteiligung der Länder einen Plan,
47 in dem die Mindestversorgung im Fernverkehr und die
48 Qualitätsstandards (z.B. Barrierefreiheit, Gepäck-, Kin-
49 derwagen-, Fahrradmitnahme, Bewirtschaftung) fest-
50 gelegt und fortgeschrieben werden. Die Deutschen
51 Bahn hat diesen Plan im Rahmen einer Ziel- und Leis-
52 tungsvereinbarung als öffentlicher Dienstleister umzu-
53 setzen. Dabei sind insbesondere die Anforderungen
54 der Raumordnung zu berücksichtigen. Ergebnis des
55 Planes sind langfristige Fahrpläne („Deutschland-
56 Takt“), an denen sich auch die Investitionen des Bun-
57 des zum Ausbau der Infrastruktur orientieren. Kann die
58 Deutsche Bahn Teilleistungen nicht erbringen, so wer-
59 den diese ausgeschrieben.
- 60 3. Die Verantwortung der Länder für den Schienenperso-
61 nennahverkehr bleibt erhalten. Das System der Regio-
62 nalisierungsmittel wird ausgebaut und erweitert. Stre-

35/I/11

Annahme (K)

- 01 cken mit nur regionaler Bedeutung (z.B. S-Bahnen)
02 können ohne Entschädigung einschließlich der Bahn-
03 höfe und der sonstigen Infrastruktur in die Träger-
04 schaft des Landes übertragen werden.
- 05 4. Für den Güterverkehr sowie Sonderzugverkehre (die
06 nicht Bestandteil der Daseinsvorsorge sind) werden ein
07 diskriminierungsfreier Zugang privater Eisenbahnun-
08 ternehmen in das Schienennetz nach EU-Vorgaben und
09 ein Wettbewerb ermöglicht.
- 10 5. Nichtbundeseigene Eisenbahnverkehrsunternehmen
11 können für Verkehrsleistungen im Schienenpersonen-
12 verkehr von den Ländern bzw. vom Bund beauftragt
13 werden, wenn gewährleistet wird, dass sie den Be-
14 schäftigten ein von den Tarifpartnern vereinbarten
15 Branchentarifvertrag mit einem Mindestlohn für alle
16 Beschäftigten bieten und bei einem Betreiberwechsel
17 das Betriebspersonal mit Kündigungsschutz übernom-
18 men wird.
- 19 6. Abgestimmte Fahrpläne und Tarife sowie ein direkter
20 Vertrieb werden gewährleistet, damit die Netzwirk-
21 samkeit des Systems Eisenbahn als einheitliches Sys-
22 tem erhalten, gestützt und gefördert wird. Die Fahr-
23 planinformationen erfolgen umfassend (zeitlich und
24 örtlich) und diskriminierungsfrei über alle Informati-
25 onskanäle. Sie steht allen Nutzern auch ohne den Ein-
26 satz eigener technischer Hilfsmittel zur Verfügung.
- 27 7. Die SPE-Abgeordneten werden aufgefordert, sich für
28 die Europäisierung der nationalen Staatsbahnen einzu-
29 setzen, damit im internationalen Verkehr leistungsfä-
30 hige und konkurrenzfähige Angebote realisiert werden.
31 Aufbauend auf ersten Ansätzen zu Kooperationen und
32 Allianzen der Staatsbahnen (z.B. „Berlin-Warszawa-
33 Express“, Allianzen DB/SBB und TGV/ICE) ist ein „Ver-
34 bund der Staatsbahnen der Europäischen Union“ zu
35 entwickeln. Das Tarifsystem ist zu vereinfachen und
36 konkurrenzfähig insbesondere zum Flug- und Autover-
37 kehr zu gestalten (z.B. Abschaffung von nationalen
38 bzw. produktbezogenen „Inseltarifen“). Die staatlichen
39 Eisenbahnen sind zu einer Kooperation im Eisenbahn-
40 fernverkehr zu verpflichten. Im Ergebnis wird z.B. der
41 grenzüberschreitende Eisenbahnverkehr nach Italien,
42 Lettland und Estland wieder aufgenommen.

44 **Wiedervorlage | Antrag Nr. 36/I/11**

45 **(vertagt vom LPT am 13.05.11)**

46 **Abt. 03 | Reinickendorf**

47 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

48 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

50 **DB Netz AG aus dem Mutterkonzern DB herauslösen**

51 Die Bundesregierung wird aufgefordert, die DB Netz AG aus
52 der Verflechtung des Mutterkonzerns DB AG heraus zu
53 lösen.

36/I/11

Annahme i. d. F. d. AK (K):

DB Netz AG aus dem Mutterkonzern DB herauslösen

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die DB Netz AG aus
der Verflechtung des Mutterkonzerns DB AG heraus zu
lösen und in öffentlicher Hand zurückgeführt wird.

01 **Antrag Nr. 47/II/11**

02 **Abt. 06 | Steglitz-Zehlendorf**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04

05 **Die Abteilung 06/06 Krumme Lanke fordert ein Nachtflug-**
06 **verbot für den Flughafen BBI -Willy Brandt Airport- in**
07 **Schönefeld von 22:00- 6:00 Uhr.**

08 Der Flughafen Berlin-Brandenburg ist ein für die Region
09 wichtiges Infrastrukturprojekt.

10 Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts für den
11 Bau des Flughafens Schönefeld ist dessen Standort Realität.

12 Die Proteste und die Verärgerung vieler Menschen bei der
13 Festlegung der Flugrouten sind berechtigt. Sie verlangen
14 auch zu Recht Lärm vermeidende Routen rund um den BBI
15 – von Köpenick über Steglitz-Zehlendorf bis Spandau.

16

17 Das Verfahren zur Festlegung der Flugrouten muss klaren
18 Prioritäten folgen:

19 An erster Stelle steht die Flugsicherheit, danach die Lärm-
20 vermeidung (inkl. des Nachtflugverbots) und an dritter
21 Stelle die Wirtschaftlichkeit. Dies gilt sowohl für die
22 Fluggesellschaften, den Flughafenbetreiber, die Deutsche
23 Flugsicherung als auch für die Bürgerinnen und Bürger. Der
24 Schutz der letzteren vor Lärm muss jedoch höher gestellt
25 werden als die Wirtschaftsinteressen der sonstigen Beteilig-
26 ten.

27

28 **Antrag Nr. 48/II/11**

29 **Abt. 4 | Neukölln**

30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

31

32 **U-Bahn nach Schönefeld verlängern**

33 1.) Die U-Bahnlinie 7 soll vom U-Bahnhof Rudow bis zum
34 Regionalbahnhof Schönefeld mit einem U-Bahnhof „Liese-
35 lotte-Berger-Platz“ im Frauenviertel verlängert werden.

36

37 2.) Der Bustransfer von und zum Flughafen BER soll danach
38 vom Regionalbahnhof Schönefeld ablaufen.

39

40 3.) Die aktuellen Planungen für die Veränderung der Ver-
41 kehrsabläufe und damit verbundene umfangreiche Bau-
42 maßnahmen im Kreuzungsbereich Neuköllner Straße /
43 Neudecker Weg / Groß-Ziethener Chaussee (Rudower
44 Spinne), u. a. verbunden mit

45

- 46 ■ der Errichtung zweier zusätzlicher U- Bahnausgänge in
- 47 der Neuköllner Straße mit Rolltreppen,
- 48 ■ der zusätzlichen Errichtung einer Lichtzeichenanlage in
- 49 der Neuköllner Straße, dem Bau einer Wendekurve
- 50 durch einen begrünten Mittelstreifen vor einer Kinder-
- 51 tagesstätte und der vorhandenen Wohnbebauung und
- 52 den dazu gehörenden Fahrrad- und Gehwegumbauten,
- 53 ■ der Rodung von min. sechs gesunden Bäumen,
- 54 ■ dem Straßenumbau auf der westlich gelegenen Neu-
- 55 köllner Straße vor dem Senioren- und Wohnhaus und
- 56 dem Wegfall von 15 Parkplätzen und der Verlegung
- 57 des Fahrradweges auf die Straße von ca. 60 Meter vor
- 58 der Lichtzeichenanlage Groß-Ziethener-Chaussee,
- 59 ■ und dem Wegfall weiterer 25 PKW-Stellplätze am
- 60 Rande des Ortsteilzentrum Rudow durch Halteverbote
- 61 für Bus-Betriebshaltstellen
- 62

47/II/11

Ablehnung (K)

48/II/11

Überweisung an FA Mobilität (K)

01 sind zurückzunehmen.

02

03 4.) Die bei Ziff. 3 eingesparten Kosten und die auf 25 Jahre
04 hochgerechneten eingesparten Gesamtkosten eines Bus-
05 transfers zwischen dem U-Bahnhof Rudow, Regionalbahn-
06 hof Schönefeld und dem U-Bahnhof Rudow sollen für die
07 Verlängerung der U-Bahn verwendet werden.

08

09 5.) Der Bus 171 soll weiterhin in beide Richtungen durch
10 Alt-Rudow fahren.

11

12 6.) Die Optimierung der Lichtzeichenanlagen im Bereich der
13 Rudower Spinne soll nach der Inbetriebnahme des Flugha-
14 fens BER erfolgen, um den Fahrzeugverkehr zum und vom
15 Ortsteilzentrum Alt-Rudow , insbesondere die Erreichbar-
16 keit der in Alt- Rudow liegenden Feuerwehrrwache für die
17 Kameraden der FF Rudow, die zu erwartenden höheren
18 Verkehrsströme der sechs zueinander laufenden Straßen
19 und die einsetzenden Busse besser regulieren zu können.

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Wahlen

Antrag Nr. 49/II/11

KDV Lichtenberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Resolution zur Koalitionsbildung

Die SPD ist in den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus erneut stärkste Kraft geworden, musste aber im Vergleich zur Wahl 2006 Verluste hinnehmen. Nachdem die Koalitionsverhandlungen mit Bündnis90/ Die Grünen ein sehr schnelles Ende gefunden haben, wird nun eine Koalition von SPD und CDU immer wahrscheinlicher. Im Unverständnis darüber, wie Koalitionsvereinbarungen einzig und allein an Infrastrukturmaßnahmen scheitern können, erheben wir für das Regierungshandeln der nächsten fünf Jahre und damit auch für die Verhandlungen mit der CDU folgende Forderungen:

Der SPD Berlin muss in den Verhandlungen mit der CDU und im künftigen Senat alle Grundsätze sozialdemokratischen Handelns, wie sie im Wahlprogramm festgeschrieben worden sind, durchsetzen. Dazu zählen vor allem:

- eine **Bildungspolitik**, die Chancengleichheit vor Elitenförderung stellt und die heterogene Schülerschaften gegenüber Schulen für Besserverdienende und Restschulen fördert. Sozialdemokratische Bildungspolitik heißt Kostenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule. Nur ein Schulfrieden kann den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen sowie dem jahrgangsübergreifenden Lernen den notwendigen Raum zum Erfolg geben.
- eine **Integrationspolitik**, die diesen Namen auch verdient. In diesem Bereich muss erneut ein Schwerpunkt auf Bildung gelegt werden, auf eine frühzeitige Sprachförderung und den Ausbau von Ganztagsangeboten. Aber auch bereits ausgebildete Zuwanderer müssen Chancen erhalten, durch die Anerkennung ihrer im Ausland erworbener Bildungsabschlüsse und Qualifikationen sowie durch noch gezielte Förderung. Die gesellschaftliche Partizipation von Menschen nicht deutscher Herkunft muss endlich mit dem kommunalen Wahlrecht gefordert und zugleich anerkannt werden. In diesem Zusammenhang muss das erfolgreiche Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in diesem Politikbereich verortet bleiben. Demokratie, Vielfalt und Respekt gehören als zentrales Querschnittsthema in die Senatsverantwortung.
- eine verantwortungsvolle **Stadtpolitik**. Die steigenden Mieten sind ein Zeichen der wachsenden Attraktivität Berlins. Diese entspringt aber gerade der gesunden Mischung ganz vieler Menschen mit verschiedenen Lebensentwürfen. Verdrängungsprozesse in den Kiezen müssen aufgehalten werden. Daher muss der Senat mit eigenen Angeboten dämpfend auf den Mietpreis einwirken. Dies wird z.T. nur durch Neubau von Wohn-

49/II/11

Erledigt (K)

01
02 raum bzw. den Ankauf von privatem Mieteigentum
03 funktionieren. Die kommunalen Wohnungsbaugesell-
04 schaften sind hier in besonderer Verantwortung.
05
06 - eine **Innen- und Sicherheitspolitik**, die die Freiheit des
07 Einzelnen nicht zur Bekämpfung diffuser Ängste opfert.
08 Eine flächendeckende Videoüberwachung des öffentli-
09 chen Raums kann keine gesellschaftlichen Probleme
10 lösen, Präventivmaßnahmen und Strategien zur Dees-
11 kalation hingegen schon. Nur eine tolerante Stadt ist
12 eine sichere Stadt.

13
14 Diese Liste ließe sich ohne weiteres fortführen. Wir erach-
15 ten jedoch die oben aufgeführten Punkte als sozialdemo-
16 kratische Kernthemen, für die wir in dieser Stadt streiten
17 und kämpfen.

18
19 **Antrag Nr. 50/II/11**

20 **KDV Lichtenberg**

21 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

22
23 **Senatsmitglieder aus dem Ostteil der Stadt!**

24 Die SPD Berlin wird aufgefordert, bei der Bildung des Berli-
25 ner Senats das Ostberliner Wahlergebnis zu berücksichti-
26 gen. Die Ost-SPD ist aus den Berliner Wahlen gestärkt her-
27 vorgegangen. Dies sollte sich bei der Zusammensetzung des
28 Senats widerspiegeln.

29
30 **Antrag Nr. 51/II/11**

31 **Abt. 03 | Lichtenberg**

32 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

33
34 **Es gibt eine Mehrheit diesseits der CDU (Willy Brandt)**

35 Auch beim Wahlergebnis vom 18.09.2011 gibt es sie rech-
36 nerisch.

37 Aufgabe der SPD ist es, diese zur politischen Wirklichkeit
38 werden zu lassen. Rechnerisch gibt es dazu mehrere Mög-
39 lichkeiten. Da Rot-Grün eine zu geringe Mehrheit besitzt,
40 kommen vor allem Dreierkoalitionen infrage.

41 Es sollte deshalb auch mit den Linken und den Piraten ge-
42 sprochen werden, um Möglichkeiten auszuloten.

43 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
44 hauses werden aufgefordert, entsprechend tätig zu wer-
45 den.

46

47

48

49 ***Konsensliste***

50

51

52

53 **52/II/11**

54 **Landesvorstand**

55 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

56

57 **Konsensliste**

58 Die im Antragsbuch mit (K) gekennzeichneten Empfehlun-
59 gen der Antragskommission wurden im Konsens ausge-
60 sprochen. **Der Landesparteitag stimmt diese mit (K) ge-
61 kennzeichneten Anträge en bloc ab.**

62

50/II/11

Überweisung an den Reg. Bürgermeister (K)

51/II/11

Erledigt (K)